

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.30 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2, Flora 4935

Berlin, 17. März 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 11

Sinkende Kaufkraft — steigende Not

Der amtliche Bericht über die Lohnsenkungsaktion des Regierungsdiktats in den ersten Monaten dieses Jahres wurde bereits in der Öffentlichkeit gewürdigt. Der durchschnittliche Lohnabbau schwankte zwischen 10 und 12 Proz., dadurch ist eine gewaltige Summe wiederum dem Wirtschaftsleben verlorengegangen, weil die Kaufkraft weiter gedrückt wurde.

In dieser Zeit stieg weiter die Arbeitslosigkeit an. Jetzt werden auch solche Berufe stärker in den Strudel der Wirtschaftskrise hineingerissen, die seither mehr oder weniger davon verschont waren. In unserem Organisationsbereich ist von Woche zu Woche ebenfalls ein schärferes Anziehen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu beobachten. Unser Verband zählte am Schluß des Jahres 1931 in allen Berufsgruppen 58 179 Kurzarbeiter und -arbeiterinnen, davon ragt die Getränkeindustrie mit ihren verwandten Berufen weit über alle übrigen Gruppen hinaus. Am Ende des Monats Januar waren 59 355 Mitglieder in Kurzarbeit vorhanden, hierzu stellte wiederum die Getränkeindustrie 42 593 Personen. Arbeitslose Verbandsmitglieder waren Ende Januar 34 869 vorhanden. Auch hier überragt mit 11 805 Personen die Getränkeindustrie weit alle übrigen Berufsgruppen.

Viel schlimmer ist es in anderen Industriezweigen, wo nach vorliegenden Mitteilungen der hierfür zuständigen Gewerkschaften eine Arbeitslosigkeit von über 90 Proz. besteht. Eine furchtbare Tatsache, die alle Stellen veranlassen muß, baldigst Abhilfe zu schaffen. Es ist himmelschreiend, wenn berichtet werden muß, daß 6½ bis 7 Millionen Menschen arbeitslos sind, und sich nirgends Zeichen der Besserung der Wirtschaftskonjunktur bemerkbar machen. Bei einem Vergleich der Arbeitslosigkeit in Berlin und Paris tritt mit erschreckender Deutlichkeit das furchtbare Elend in der deutschen Reichshauptstadt in die Erscheinung. In Berlin waren am 15. Februar 615 168 Arbeitslose vorhanden, auf Paris und das Seine-Departement entfielen in der Woche vom 7. bis 13. Februar 145 000 Arbeitslose. In Berlin ist die Arbeitslosigkeit fast fünfmal höher als in Paris, daraus kann die furchtbare Notlage in der deutschen Reichshauptstadt ermaßen werden.

Was tut die Regierung, um diesen furchtbaren Zustand zu ändern? Bisher hat sie nichts getan. Das, was bisher geschehen ist, verschlechterte von Woche zu Woche die Wirtschaftslage. Die Regierung versuchte, mit dem freiwilligen Arbeitsdienst das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. Es war ein Fehlschlag, weil die wenigen, im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Menschen nicht den geringsten Einfluß auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit ausüben können. Die Forderung der freien Gewerkschaften, gesetzliche Durchführung der 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche, getraute sich die Regierung nicht in ihren Notverordnungen aufzunehmen. Heute ist die Durchführung der 40-Stunden-Woche bei den stark herabgedrückten Lohnverhältnissen kaum noch möglich. Die Regierung brachte nicht den Mut auf, gegen die vielfachen Uebertretungen der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeit energisch vorzugehen. Sie duldet heute immer noch, daß unzählige Uebertretungen geleistet werden, in einer Zeit, wo fast 7 Millionen Menschen ohne Beschäftigung sind. Nach

wie vor wird im alten Schlendrian weitergewurstelt, weil nirgends Mut und Tatkraft vorhanden ist, gegen die Wirtschaftssaboteure aus dem kapitalistischen Lager einzuschreiten.

3 Wochen sind bereits in die Lande gegangen, seitdem die freien Gewerkschaften mit ihrer Arbeitsbeschaffungsforderung in die Öffentlichkeit getreten sind. Der Regierung fällt es gar nicht ein, zu diesen vordringlichen und wichtigen Forderungen Stellung zu nehmen. Sie hat genug andere Arbeiten, hat Geld übrig zur Sanierung der Banken und konnte dazu 800 Millionen Mark aufreiben. Es sind Hunderte von Millionen vorhanden zur Subvention für die Großagrarier. Mit vollen Händen werden diesen Kreisen die Steuergroschen aus der Volksmasse in den Rachen geworfen. Jedoch für ein Projekt zur Arbeitsbeschaffung sind keine Gelder vorhanden. Nach wie vor denkt die Regierung, die durch die kapitalistische Wirtschaftskrise verelendeten Personen mit Unterstützungsbeträgen beruhigen zu können. Nach wie vor glaubt die Regierung, diese Beträge so stark kürzen zu müssen, daß sie zur kümmerlichsten Lebensexistenz nicht mehr ausreichen.

Die Gewerkschaften haben keine Lust, diesem Zustand noch länger tatenlos gegenüber zu stehen. Es muß

endlich mit dieser falschen Regierungspolitik, die die arbeitende Klasse noch tiefer in den Engpaß der wirtschaftlichen Verelendung und des seelischen Zusammenbruchs führt, Schluß gemacht werden. Die Gewerkschaften werden so lange für ihre Forderung eintreten, bis die Regierung gezwungen wird, Maßnahmen für die Arbeitsbeschaffung zu treffen. Wir werden nicht früher ruhen und rasten, bis diese vordringlichste Forderung erfüllt ist.

Es geht heute um mehr als darum, einige Tausende von Menschen in Arbeit zu bringen. Die Arbeitsbeschaffung ist die vordringlichste Aufgabe zur Sicherung des Staates und um Millionen seelisch verzweifelter Menschen aus diesem furchtbaren Zustand zu befreien. Unmöglich können die Dinge so weiter schlittern wie bisher, und es muß mit aller Kraftanstrengung der Weg zur Arbeitsbeschaffung freigemacht werden. Längst ist bekannt, daß die kapitalistischen Wirtschaftsführer diesen Zustand künstlich aufrechterhalten, bis ihr Ziel, die Zerstümmerung der Arbeiterbewegung und die Staatsmacht politischen Abenteurern zu sichern, erreicht ist. Dieser Plan muß durchkreuzt werden und die Regierung muß endlich den Mut aufbringen, die Wirtschaftskrise durch Arbeitsbeschaffung abzurosseln.

Es fehlt Getreide

Schieles Agrarpolitik wirkt sich aus

Der Kampf um den Brotpreis, den der Preisüberwachungskommissar vorläufig damit beendet hat, daß er verbot, den Brotpreis zu erhöhen, sowie die Anordnung, daß die Roggenausmahlung von 60 auf 70 Proz. heraufgesetzt wird, ließen blitzlichtartig erkennen, daß auf dem deutschen Getreidemarkt vieles nicht so ist, wie es im Interesse einer gesicherten Ernährung der deutschen Bevölkerung sein müßte. Es mag richtig sein, daß die Versorgung mit Brotgetreide nicht gefährdet ist. Diese Tatsache ist jedoch kein Trost dafür, daß ständig mit einer Brotverteuerung zu rechnen ist und daß eine Brotverschlechterung eintritt, weil der in Deutschland noch vorhandene Roggen gestreckt werden soll.

Es fehlt Getreide in Deutschland. Nicht nur Roggen, sondern auch Weizen. Auf diese Tatsache wurde bereits Ende des vorigen Jahres hingewiesen, da die Roggenernte ein wenig erfreuliches Ergebnis zeitigte. Zur Sicherstellung der Ernährung bedarf Deutschland 4,8 Millionen Tonnen Roggen und 4 Millionen Tonnen Weizen. Nach Abzug des von der Landwirtschaft für Saatzwecke und Verfütterung selbst benötigten Getreides verbleiben von der letzten Ernte lediglich 3,45 Millionen Tonnen Weizen und 4,5 Millionen Tonnen Roggen. Der Fehlbedarf in Höhe von 550 000 Tonnen Weizen und 300 000 Tonnen Roggen muß auf dem Weltmarkt gedeckt werden.

Obwohl Schiele und die Regierung bereits im Herbst die Lage des Getreidemarktes erkannt haben mußten, ist die Agrarpolitik, die automatisch zu einer starken Verknappung der inländischen Getreidevorräte und zu ungerechtfertigten Preissteigerungen führen mußte, beibehalten worden. Es wurden keine Maßnahmen getroffen, um die deutsche Landwirtschaft ausreichend mit billigen Futtermitteln zu versorgen, so daß diese eigenes Getreide verfütterte oder aber die zur Mast bestimmten Ferkel vorzeitig abschlachtete. Es wurde auch die im August des

vorigen Jahres auf 97 Proz. heraufgesetzte Weizenvermahlungsquote nicht herabgesetzt, und der überhöhte Weizenzoll wurde beibehalten. Beide Maßnahmen führten zu einer hermetischen Absperrung der Weizeneinfuhr.

Der Mangel an Roggen ist teilweise behoben, durch Bereitstellung von größeren Mengen Russenroggens durch die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft. Inwieweit eine stärkere Ausmahlung des Roggens der Verwendung von Russenroggen entgegenwirken wird, ist nicht vorauszusehen, da über die Menge des in Deutschland noch vorhandenen Roggens lediglich Schätzungen vorliegen.

Ähnlich liegen die Dinge bei Weizen. Durch den 97prozentigen Verwendungszwang ist der inländische Weizen soweit aufgebraucht, daß der noch zur Verfügung stehende Weizen im Preise steigt. Diese Preissteigerung führt zu einer Verteuerung der Lebenshaltung, die unbedingt vermieden werden muß. Es ist deshalb höchste Zeit, daß die Vermahlungsquote für Weizen sofort herabgesetzt wird, damit billiger Auslandsweizen in stärkerem Maße verwendet werden kann. Das im Mai, Juni und Juli 1931 zum erniedrigten Zollsatz von 20 Mk. je Doppelzentner eingeführte Weizenkontingent, ist völlig ungenügend gewesen. Im Zusammenhang damit ist es auch unbedingt notwendig, den Weizenzoll überhaupt zu senken, denn erst dann ist es möglich, die benötigten Mengen Weizen einzuführen. Wie verlautet, hat sich die Reichsregierung bereits mit der Durchführung ähnlicher Maßnahmen befaßt. Nach den bekanntgewordenen Plänen soll die Vermahlungsquote auf etwa 50 Proz. herabgesetzt und eine Zollvergütung von 70 Mark je Tonne eingeführt werden. Damit würde der Weizenzoll auf 180 Mark sinken.

Die Wirksamkeit dieser in Aussicht genommenen Maßnahmen bleibt abzuwarten, zumal ganz stark angenommen werden darf, daß durch die fortgesetzte

Steigerung des Weizenpreises auf dem Weltmarkt die Zollsenkung illusorisch bleiben wird. Der Regierung ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie die Getreideknappheit viel zu wenig beachtete und diese die ganze Bevölkerung berührende Angelegenheit ausschließlich durch einen Mann wie Schiele maßgeblich beeinflussen ließ, der schon so oft den Beweis erbracht hat, daß ihm die Großgrundbesitzer mehr am Herzen liegen, als die große Masse der Bevölkerung, die hungernd auf Brot verzichten muß.

Wochenschau

Aristide Briand †. Der langjährige französische Außenminister und Förderer der deutsch-französischen Verständigung, Aristide Briand, ist am 7. März in Paris verstorben. Mit ihm ist ein großer Franzose, ein Freund des Friedens und der Völkerverständigung heimgegangen, dessen Ableben die gesamte Welt in tiefe Trauer versetzt.

Nationalsozialistische Mordbanden rüsten zum Bürgerkrieg. In Ludwigshafen wurde ein SA- und SS-Führer verhaftet, der aus dem Werk der IG Farben Sprengstoff stahl und Bomben anfertigte. — In Berlin wurden Schupobeamte wegen Verbrechens des Hochverrats (§ 81 Abs. 2 StGB.) verhaftet, weil sie den Nazis wichtige Vorgänge der Polizei mitteilten. Sie handelten auf Anweisung der Berliner Gauleitung der Nazis. — In Braunschweig bereitet sich Hitlers SA. auf die „Nacht der langen Messer“ vor, sie steht in „höchster Alarmstufe“.

Abwahlen der Nazibewegung. In Neckarsulm fand am 6. März eine Nachwahl der Gemeinderatswahlen vom Dezember vorigen Jahres statt. Die SPD. konnte 1205 und das Zentrum 246 Stimmen gewinnen. Die Demokraten hatten einen Verlust von 658, die Nazis einen solchen von 221 (25 Proz.) und die Kommunisten einen solchen von 152 Stimmen.

Treue Seelen finden sich. Der preußische Minister Severing teilte vor den preußischen Polizeiverwaltern mit, daß etwa 30 Proz. der nationalsozialistischen SA-Truppen ehemalige Angehörige des Roten Frontkämpfer-Bundes sind.

Ursachen der Weltdepression. Der amerikanische Ausschuß der Internationalen Handelskammer veröffentlicht zur bevorstehenden Präsidentsitzung in Paris ein bemerkenswertes Gutachten. Es wird darin festgestellt, daß an der Kreditschrumpfung, durch die unmittelbar die Depression verursacht sei, die Rüstungen vieler Länder schuld habe. Der jetzige Stillstand in der Frage der Reparationen sei außerdem weitgehendst die Ursache der heutigen Depression und ihre Beseitigung wäre von zinschneidend wichtiger Bedeutung.

Amerikanische Arbeiter erhalten das Koalitionsrecht. Aus Anlaß der Annahme des „Norris-LaGuardia-Bill“ über das Arbeiterkoalitionsrecht erklärt die amerikanische Arbeiter-Federation, das neue Gesetz begründe die Freiheit für die amerikanischen Arbeiter. Damit sei ein vieljähriges Ringen um die Koalitionsfreiheit erfolgreich abgeschlossen.

Präsidentenwahl

ohne Entscheidung

Zweiter Wahlgang am 10. April.

Die erste Wahlschlacht ist geschlagen. Sie brachte nicht die absolute Mehrheit für Hindenburg. Nach dem bei Redaktionsschluß vorliegenden Gesamtergebnis erhielt Hindenburg 18 659 000 Stimmen. Damit fehlen nur noch rund 170 000 Stimmen an der erforderlichen Mehrheit. Für Hitler wurden 11,32 Millionen Stimmen abgegeben. Thälmann erhielt 5,02 Millionen und Düsterberg 2,55 Millionen Stimmen.

Hitler ist geschlagen. Er selbst rechnete damit, wenigstens 15 Millionen Stimmen zu erreichen. Seine Anhänger sahen ihn bereits als Reichspräsidenten. Dieser Traum ist zu Ende. Das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit hat sich gegen den Nationalsozialismus entschieden. Auch die von den Kommunisten gehegten Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Thälmann erhielt nur 500 000 Stimmen mehr als die KPD. 1930 zur Reichstagswahl. In Groß-Berlin und in zahlreichen anderen Großstädten hat Thälmann sogar erheblich weniger Stimmen erhalten als in den vorhergehenden Parlamentswahlen. Ein Zeichen dafür, daß zahlreiche kommunistische Wähler einsichtsvoll genug gewesen sind, im Kampf gegen Hitler und den Faschismus nicht für den aussichtslosen KPD.-Kandidaten zu stimmen. Diese Einsicht muß Allgemeingut werden. Bis zur Entscheidung aber, die am 10. April fällt, ist es notwendig, den enttäuschten Hitler-Wählern eindringlich vor Augen zu führen, daß die Hoffnungen, die in ihnen durch unerfüllbare Versprechungen erweckt worden sind, sich niemals verwirklichen werden. Auch nicht durch Gewalt, dafür sorgt die Eiserner Front.

Alois Holzfurtner

Am 8. März starb unser früherer Bezirksleiter Kollege Alois Holzfurtner, Ulm. Der Verstorbene war seit langer Zeit krank. Ein schweres Augenleiden, das sich im Jahre 1930 einstellte und trotz wiederholter Operation zur Erblindung führte, zwang den Kollegen Holzfurtner im vorigen Jahre, in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. Kollege Holzfurtner gehörte zur alten Garde. Er war geboren am 30. April 1868 in Neumühl in Bayern und erlernte das Brauergewerbe. Für ihn war die gewerkschaftliche Organisation eine Lebensfrage, denn auch er mußte das wirtschaftliche Elend in seiner Jugend und in späteren Jahren bis zur Neige kosten. Lange Arbeitszeit, ständige Sonntagsarbeit bei schwerer anstrengender gesundheitsschädlicher Arbeit reiften in ihm den Solidaritätsgedanken, alles einzusetzen, um diese unwürdigen Existenzbedingungen zu ändern. In München betätigte er sich in den vordersten Reihen bei seiner Berufsorganisation. Sechs Jahre hindurch war er 2. Vorsitzender der Brauerortsgruppe in München, acht Jahre war er Gewerbegerichtsbeisitzer und Vertreter im Versicherungsamt in München.

Am 1. Januar 1907 wurde er für den Bezirk Ulm angestellt. Sein Wirkungskreis war ein äußerst steiniger Boden. Durch seine unermüdete Arbeit, bei der er rücksichtslos seine Person einsetzte, um die Kollegenschaft von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu überzeugen, ist es ihm in kurzer Zeit gelungen, ein gutes Fundament für den weiteren Aufstieg der Organisation zu schaffen. Unsäglich mühevoll waren seine Bemühungen, und nur durch seine zähe Willenskraft war es ihm möglich, sich das Vertrauen bei den Berufsangehörigen zu erwerben.

Was Freund Holzfurtner in diesen Jahren als Angestellter für die Berufsangehörigen in seinem Bezirk geleistet hat, kann nur der ermesen, der mit an dem kulturellen Aufstieg der Kollegenschaft innigsten Anteil nahm. Aus den Niederungen überaus schlechter Lohn- und Arbeitsbedingungen schuf er das Mitbestimmungsrecht im gewerblichen Arbeitsvertrag durch die Tarifverträge. Bedeutende Verbesserungen zeugen heute über das von dem Verstorbenen geschaffene Werk.

Die Organisation verliert in dem Dahingeschiedenen einen ihrer fleißigsten Mitarbeiter, der stets alles für seine Berufskollegen einsetzte. Wir werden ihm ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren und sein geschaffenes Werk wird als Markstein den Berufsangehörigen für immer beweisen, daß nur durch die Hingabe und Opferfreudigkeit aller, gewerkschaftliche und soziale Fortschritte zustande kommen können.

Streik in den Fassfabriken

Lauenburg a. d. Elbe

Die ewig unzufriedenen Unternehmer.

Die seit vielen Wochen geführten Verhandlungen mit den Fassfabrikanten Lauenburgs sind gescheitert.

Die Regelung der Stundenlöhne hatte unter Mitwirkung des zuständigen Schlichters ihre Erledigung und beiderseitige Annahme gefunden. Nur über die Akkordsätze konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Verhandlungen darüber wurden von den Unternehmern nicht abgewartet. Sie haben vielmehr ihrerseits eine Akkordberechnung ausgearbeitet und diese den Arbeitnehmern als Ultimatum zur Annahme vorgelegt mit dem Hinweis, daß nach diesen Sätzen ab 26. Februar ausgezahlt werde. Die Auswirkung der Akkordreduzierung war ein Minderdienst von 25 bis 35 Proz. in den einzelnen Positionen.

Trotz nochmaliger Verhandlungen war ein annehmbares Entgegenkommen der Arbeitgeber nicht zu erreichen. Die Kollegen stellten mit Zustimmung der Verbandsinstanzen am 2. März geschlossen die

Selbstschutz bedingt eine starke Organisation!

Am 19. März

ist der 13. Wochenbeitrag fällig

Arbeit ein. Trotz Ungunst der Verhältnisse gab es für die Beschäftigten keinen anderen Weg, um sich gegen solch erhebliche Lohnkürzung zu wehren.

Wenn die Fassfabrikanten nunmehr versuchen, durch Inerente Arbeitswillige heranzuziehen, so dürfte ihnen das nicht gelingen. Vielmehr werden sie sich doch über kurz oder lang mit ihren eingearbeiteten Facharbeitern wieder zusammenfinden, um eine Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen.

Biersteuersenkung durch Notverordnung

Gestaffelte Gemeindebiersteuer?

Die Ausschüsse des Reichsrates haben sich auf Wunsch der Reichsregierung mit der in Aussicht stehenden Senkung der Biersteuer und der Branntweinabgabe beschäftigt. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden, so daß anzunehmen ist, daß die Regierungsvorlage, wonach die Reichsbiersteuer um 3 Mk. pro Hektoliter und die Gemeindebiersteuer um 40 Proz. gesenkt werden soll, unverändert bleibt. Von Bayern aus ist die Anregung gekommen, die Gemeindebiersteuer gestaffelt zu ermäßigen, und zwar dergestalt, daß in den Gemeinden, die bisher nur 2,50 Mk. Steuer erhoben haben, die bisher nur 2,50 Mk. Steuer erhoben haben, dieser Satz unverändert bleibt. Bei einem Steuersatz bis zu 5 Mk. soll die Senkung 20 Proz., bis 7,50 Mk. 30 Proz. und bis 10 Mk. 40 Proz. betragen. Inwieweit diesen bayerischen Vorschlägen in der wahrscheinlich bereits in dieser Woche erscheinenden Notverordnung Rechnung getragen wird, steht dahin. Mit der Verordnung über die Biersteuersenkung wird gleichzeitig auch festgelegt werden, wie die bisherigen Ausschankpreise gesenkt werden. Das Ziel ist, für ein $\frac{1}{20}$ Glas eine Senkung von 5 Pf. herbeizuführen.

In Anbetracht dessen, daß die Gemeinden infolge der gestiegenen Wohlfahrtslasten nur schwer auf einen Teil der Gemeindebiersteuer verzichten können, hat sich das Reich bereit erklärt, den Gemeinden einen Ausgleichsbetrag in Höhe von 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß viele Gemeinden, die bisher überhaupt nicht oder nur teilweise die Gemeindebiersteuer erhöht haben, dies sofort durchgeführt haben, als bekannt wurde, daß die Gemeindebiersteuer prozentual gesenkt werden soll. Der Deutsche Brauerbund hat sich gegen diese den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechenden Steuererhöhungen gewendet und von der Reichsregierung gefordert, daß die Erhöhungen, die nach dem 1. Januar durchgeführt worden sind, rückgängig gemacht werden und daß dann erst die 40proz. Senkung durchgeführt werden soll.

Zufriedene Mühlenaktionäre

Abschluß der Bremer Rolandmühle.

Einen sehr guten Geschäftsabschluß, über den sich die Geschäftsleitung selbst freut, legt die Rolandmühle in Bremen ihren Aktionären vor. Der Betriebsgewinn dieser Mühle hat sich im Jahre 1931 nur mäßig von 2.442 auf 2.356 Millionen Mark verringert. Trotz Erhöhung der Abschreibungen und der Handlungskosten einschließlich der Steuern haben sich die Gesamtausgaben von 1.948 auf 1,85 Millionen Mark verringert. Aus diesem Grunde ist der Reinertrag im Geschäftsjahr 1931 um rund 5000 Mark höher als im Vorjahr. Aus ihm werden wie in den vorhergehenden Jahren 10 Proz. Dividende ausgeschüttet. 80 000 Mark werden auf neue Rechnungsverträgen. Besonders bemerkenswert ist, daß der Rolandmühle im Laufe des Jahres gelungen ist, die im Vorjahre ausgewiesene Schuldenlast in Höhe von rund 10,3 Millionen Mark auf 7,17 Millionen Mark zu verringern. Auch die übrigen Konten lassen eine sehr vorsichtige Geschäftspolitik erkennen. Während die Grundstücke ebenso wie im Vorjahr mit 300 000 Mark in der Bilanz erscheinen, ist das Gebäudekonto um 321 000 Mark auf 1,2 Millionen Mark und das Mühleneinrichtungskonto um 300 000 Mark auf 800 000 Mark in ihrer Bewertung herabgesetzt worden. Die gesamten übrigen Einrichtungen stehen nur mit 1 Mark zu Buch. Ebenso sind die Vorräte vorsichtig bewertet worden, so daß neben den ausgewiesenen offenen Reserven sehr erhebliche stille Reserven vorhanden sind.

Die Beschäftigung der Mühlen ist nach dem Geschäftsbericht der Verwaltung im Jahre 1931 in den einzelnen Monaten verschieden gewesen. Durch die vielen Eingriffe der Reichsregierung war das Geschäft außerordentlich beunruhigt. Der Absatz von Futtermitteln, der in den ersten 8 Monaten gut gewesen ist, wurde am Schluß des Jahres beeinträchtigt durch die Einfuhr ausländischer Futtermittel.

An der Freude sind außer der Geschäftsleitung nur noch die Aktionäre beteiligt. Für die Arbeiterschaft der Rolandmühle ist das Jahr 1932 keineswegs zufriedenstellend gewesen. Ein Teil der Belegschaft hat viele Wochen lang kurzarbeiten müssen. Der Lohn wurde im Mai gekürzt und durch Notverordnung am Jahresende nochmals. Ihre Lebenshaltung ist damit weitgehend eingeschränkt worden und wenn sie aus dem vorliegenden Bericht erkennen, daß diese Einschränkung nur bei ihnen, aber nicht bei den Aktionären notwendig war, dann wird auch ihnen die Erkenntnis kommen, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem die Arbeitskraft nur gering, das Kapital und seine Besitzer aber weit über ihren Wert gewertet wird. Deshalb Kampf dieser Wirtschaftsordnung, damit die Arbeitskraft des Menschen die ihr zukommende Geltung erhält.

Fleischermeister fordern Lockerung der Sonntagsruhe.

In einer Front mit den sozialreaktionären Scharfmachern.

Zur Zeit besteht Hochkonjunktur in der Forderung auf Abschaffung und Abbau sozialer Gesetze und Verordnungen. Daß dabei die Fleischermeister nicht fehlen, nimmt nicht wunder. So hat sich der Bezirksverein Berlin im Deutschen Fleischer- (Meister-) Verband veranlaßt gesehen, die Aufhebung der Sonntagsruhe im Fleischergewerbe während der Sommermonate zu fordern. Die fadenscheinigsten Begründungen müssen herhalten, um die für die Arbeitnehmerschaft im Fleischergewerbe so wichtigen sozialen Bestimmungen zu beseitigen. Einmal sind es die Milchhändler, die Sonntags Wurst „hintenherum“ verkaufen und zum anderen die Warenhäuser, die der Hausfrau Veranlassung geben, ihren Fleischverkauf schon Sonnabends zu tätigen und dem Fleischergewerbe die Existenz nehmen. Dabei übersehen aber diese Strategen, daß die Vernunft beim kaufenden Publikum bereits so weit vorgeschritten ist, daß man die Hausfrau nicht veranlassen kann, auf den Einkauf ihres Sonntagsbratens des Sonnabends zu verzichten und ihn am Sonntag zu tätigen. Dahinaus laufen ja die Bestrebungen der Fleischermeister. Sie sind so naiv anzunehmen, daß, wenn des Sonntags die Fleischergeschäfte geöffnet sind, das Publikum dann am Sonnabend kein Fleisch kauft, die Warenhäuser meidet und dem Fleischermeister zuliebe am Sonntag etwas abkauft. Wahrlich, der Konkurrenzkampf im Fleischergewerbe beginnt seltsame Formen anzunehmen.

Es ist Sache der Unternehmer, wie sie sich ihrer Konkurrenz entledigen, aber sie sollen das nicht auf Kosten einer so wichtigen sozialen Bestimmung tun, wie sie die Sonntagsruhe darstellt. Ihre Aufhebung würde bedeuten, daß die Arbeitnehmer im Fleischergewerbe um die unumgänglich notwendige Sonntagsruhe kämen, daß dann nur ein kleiner Schritt bis zu den Vorkriegsverhältnissen ist. Aber gerade die Fleischermeister bürgen am allerwenigsten dafür, daß, falls eine Lockerung der Sonntagsruhe eintritt, sie sich auch nur auf den Laden beschränkt. Bekanntlich kommt der Appetit beim Essen, und es wird nicht lange dauern, dann wird die Sonntagsruhe auch „sonst“ gelockert. Die Tätigkeit des Ladenpersonals ist derartig aufreibend und anstrengend, daß es nur billig ist, ihm die Sonntagsruhe zu gönnen.

Doch damit sind die Gefahren für das übrige Personal längst nicht aufgezeichnet. Sehr oft ist gerade mit einem lebhaften Ladengeschäft auch eine rege Tätigkeit in der Werkstatt verbunden, so daß es schon ganz zwangsläufig ist, daß sich mit der Zeit auch dort eine Durchbrechung der Sonntagsruhe anbahnt. Da sich die Fleischermeister bis heute noch nicht mit der Ueberstundenbezahlung angefreundet haben, werden sie auch nie und nimmer daran denken, gegebenenfalls Sonntagsarbeit gebührend zu bezahlen. Hier soll also wieder eine Verschlechterung der sozialen Verhältnisse auf Kosten der Arbeitnehmer durchgeführt werden, wogegen wir schon heute ganz energisch protestieren. Beim Fleisch handelt es sich keineswegs um ein Nahrungsmittel, das nicht schon am Tage vor seiner Zubereitung gekauft werden könnte, so daß also gar keine Veranlassung vorliegt, des Fleischverkaufs wegen Sonntags die Läden zu öffnen. Im Interesse der Arbeitnehmer im Fleischergewerbe muß deshalb laut und eindringlich die Forderung erhoben werden: Hände weg von der Beseitigung der Sonntagsruhe im Fleischergewerbe! Sie hat sich bisher bewährt und wird auch in Zukunft eine segensreiche Einrichtung für die Arbeitnehmerschaft bleiben!

Zollkrieg verschärft sich

Durch Notverordnung eingeführter Obertarif.

Augenblicklich besteht auf handelsrechtlichem Gebiet der Zustand, daß Deutschland mit einer Anzahl von Ländern keine handelsvertraglichen Abmachungen mehr unterhält. Es handelt sich dabei vornehmlich um Polen, Kanada und Australien, auch mit der Schweiz haben sich in den letzten Tagen die handelspolitischen Verhältnisse sehr zugespitzt. Diese Zustände lassen ganz offen einen akuten Handelskrieg erkennen, weshalb Deutschland jetzt, um seine Ausfuhr erhalten zu können, Abwehrmaßnahmen ergreift. Die deutscherseits anzuwendenden Abwehrmaßnahmen bestehen in neuen Kampfzöllen und der Einführung eines sogenannten Obertarifes, zu deren Durchführung die Reichsregierung durch eine Notverordnung vom 8. März ermächtigt wurde. Nunmehr werden alle Waren, mit Ausnahme weniger Rohstoffe, durch den Obertarif mit unübersteigbaren Zollsätzen belegt. Sie sollen dort Anwendung finden, wo es sich um Länder handelt, die mit Deutschland keine handelsrechtlichen Beziehungen mehr unterhalten oder eingeführte deutsche Waren ungünstiger behandeln als die anderer Einfuhrländer. Praktisch ist der Obertarif bisher noch nicht zur Anwendung gekommen, seine Anwendung soll vielmehr eine besondere Verordnung regeln. Um späteren Umgehungen dieses Obertarifes

vorzubeugen, sollen durch diese Verordnung schärfere Kontrollen in der Herkunft der Waren durchgeführt werden.

Im Obertarif sind ganz eigenartig hohe, fast prohibitive Zölle vorgesehen, die einen ausgesprochenen Kampfcharakter erkennen lassen. Die Zölle sind 2- bis 3mal so hoch wie im bisherigen Tarif. Es sind auch Möglichkeiten vorhanden, eine Vervielfachung der Zollsätze durchzuführen. Hauptsächlich sind die Zölle für Lebensmittel, Vieh, Fleisch, Därme und Leder sowie die Zölle für industrielle Fertigwaren im Obertarif enthalten, aber auch die meisten industriellen Rohstoffe, die bisher überhaupt nicht zu verzollen waren, werden jetzt durch Prohibitivzölle erfaßt.

nicht nur in den Staaten abgesetzt, von denen Deutschland Rohstoffe bezieht, sie gehen vielmehr zum größten Teil in Agrarstaaten, die ihrerseits Wert darauf legen ihre Agrarerzeugnisse in Deutschland zu verkaufen.

Allein auf diese weltwirtschaftliche Verflochtenheit ist es zurückzuführen, daß Deutschland sich nicht gegen die Einfuhr von Molkereierzeugnissen absperrern kann ohne die deutsche Industrie zu schädigen. Es müssen deshalb andere Wege gegangen werden, damit die in Deutschland genügend zur Verfügung stehenden Molkereierzeugnisse vor ausländischen den Vorzug erlangen. In den letzten Jahren sind weitgehende Umstellungen vorgenommen worden, die zu diesem Ziel führen. An Hand der Einfuhrzahlen ist zu erkennen, daß diese Bemühungen nicht ohne Erfolg geblieben sind. Während im Jahre 1913 rund 328 000 dz Milch eingeführt wurde, sind im Jahre 1931 nur noch 47 000 dz Milch aus dem Ausland nach Deutschland gekommen. Die Buttereinfuhr hat sich gegenüber der Vorkriegszeit bis zum Jahre 1929 auf 1,43 Millionen Doppelzentner erhöht. Seit diesem Jahr geht die Buttereinfuhr zurück, sie betrug im Jahre 1931 noch rund eine Million Doppelzentner. Lediglich die Einfuhr von Weichkäse ist gestiegen.

Die Ausfuhr von Milch, die im Jahre 1913 124 000 dz betrug, ist im Jahre 1929 auf 5700 dz zurückgegangen und seitdem bis zum Jahre 1931 auf 17 600 dz wieder angestiegen. Die Ausfuhr von Weichkäse hat sich von 6000 dz im Jahre 1913 auf 25 350 dz im Jahre 1931 erhöht.

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung des wertmäßigen Einfuhrüberschusses. Im Jahre 1913 belief sich der Wert des Einfuhrüberschusses auf 191,82 Millionen Mark. Mit 569,60 Millionen Mark erreichte er im Jahre 1929 seinen Höhepunkt. Im Jahre 1931 betrug der Wert des Einfuhrüberschusses an Milch und Molkereierzeugnissen nur noch 277,97 Millionen Mark.

Was wird im Bäckergewerbe verdient?

Aus dem Bäckergewerbe fließen 103 515 Einkommen zur Einkommenbesteuerung. Diese Zahl ist etwas größer als die der Bäcker, die es überhaupt im Deutschen Reich gibt, denn aus einem Bäckereibetriebe können Einkommen an mehrere Personen gehen (z. B. zwei Teilhaber). Die Einkünfte aus den Bäckereien stellten sich auf 382,5 Millionen Mk. Im Durchschnitt gerechnet, dürften auf jeden Bäckereibetrieb annähernd 4000 Mk. an Einkommen entfallen. Allerdings war das Jahr, für das diese Angaben vorliegen (1927) ein wirtschaftlich günstiges Jahr.

In den einzelnen Wirtschaftsgebieten schwankten die Einkommen, insbesondere liegen sie natürlich in den Großstädten höher als auf dem flachen Lande, während in den Großstädten ein durchschnittliches Einkommen von 5000 Mk. keine Seltenheit ist und in vielen Fällen übertroffen wird. So stellt sich z. B. in

Stadt	bei 4524 Bäcker-Einkommen d. durchschn. Einkomm. a. d.	Mark
Berlin	6500	5090
Dresden	853	5900
Hamburg	628	5900
Leipzig	936	5300

Verhältnismäßig gering liegt das Durchschnittseinkommen in Breslau mit 4000 Mk. Man muß bei den Vergleichen immer die Lebenshaltungskosten in der betreffenden Stadt berücksichtigen.

Der vom Bäckergewerbe erzielte Umsatz stellte sich 1927 auf 2616 Millionen Mk. Er ist ungefähr auch für das Jahr 1928 einzusetzen. Allerdings muß man bei den Einkommen noch mit etwa 15 Proz. mehr rechnen als der Summe von 382,5 Millionen Mark, denn die etwa 500 Bäckerei-Unternehmungen, die nicht als Einzelfirmen bestehen, sondern körperschaftliche Form haben, werden nicht zur Einkommensteuer, sondern zur Körperschaftssteuer veranlagt, so daß sie in den Einkommenszahlen überhaupt nicht enthalten sind. Die aus dem Gewerbebetrieb erzielten Verdienste aller Bäckereien wird man für das Jahr 1928, das also, wie bereits gesagt, ein wirtschaftlich günstiges Jahr war, mit rund 440 Millionen Mk. anzunehmen haben. Bringt man diese Summe in Beziehung zu dem während des gleichen Jahres erzielten Umsatz, so findet man, für das ganze Reich berechnet, einen Durchschnitt von 16 Mk. Nutzen auf je 100 Mk. Umsatz. Diese Nutzenrate wird natürlich zwischen Stadt und Land sehr erheblich schwanken, und sie wird wahrscheinlich noch stärkere Ausschläge zeigen zwischen den industriellen Backbetrieben und den handwerksmäßigen Bäckereien in den Großstädten.

Bei Vergleichen zwischen der Provinz Brandenburg und Groß-Berlin ergibt sich: Von den 50 Millionen Vermögen das die Berliner Bäckereien darstellen, gehören mehr als 13 Millionen, also über ein Viertel, den Großbäckereien, also nicht einzelnen Unternehmern. Entsprechend wird man auch die Einkünfte der Bäcker in Berlin, wenn man sie vollständig erfassen will, um etwa 26 Proz. erhöhen müssen, womit sich eine Summe von 36,6 Millionen Mk. ergibt. Da der Umsatz in Groß-Berlin sich zur gleichen Zeit auf 234,5 Millionen Mk. stellte, ergibt sich ein Nutzen von 16 Mk. pro 100 Mk. Umsatz, also ungefähr in der

40 Jahre Treue zum Verband



Ernst Decker
Böttcher, Köln a. Rh.
Eingetreten 1. 1. 1889

Emil Gerbers
Böttcher, Hamburg
Eingetr. 10. 1. 1886, jetzt Invalide

Ernst Hartmann
Brauereiarbeiter, Hannover
Eingetr. 1. 3. 1889, jetzt Invalide



Karl Isensee
Böttcher, Magdeburg
Eingetr. 7. 12. 1890, jetzt Invalide

Adolf Gutte
Müller, Leipzig
Eingetreten 1. 1. 1890

Anton Brinkmann
Brauereiarbeiter, Hannover
Eingetr. 1. 4. 1891, jetzt Invalide

So sind die Zölle für Südfrüchte vervierfacht, die Holzölle vervier- bis verachtfacht und die Zölle für Leder und Lederwaren weisen teilweise das Zehnfache der ehemaligen Zölle auf.

Die durch die Notverordnung vom 8. März geplanten Kampfmaßnahmen stellen ein ungewöhnliches Vorgehen dar und schließen die Gefahr in sich, daß, wenn von ihnen vorschnell Gebrauch gemacht wird, Deutschland wirtschaftlich isoliert werden kann. Es würde damit das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt ist und der deutschen Wirtschaft würde ungleich größerer Schaden zugefügt, als den bisherigen Lieferländern. Die weiteren Auswirkungen wären katastrophal, weil die Ausfuhrindustrien von neuer Arbeitslosigkeit betroffen werden, die sich auch auf dem innerdeutschen Markt unheilvoll bemerkbar machen würde.

Milch- und Molkereierzeugnisse im Aussenhandel

Starker Rückgang der Einfuhr.

Es gibt in Deutschland einflußreiche Kreise, die nichts sehnlicher herbeiwünschen, als daß sich Deutschland vom Weltmarkt vollständig absperrt und nur solche Produkte verbraucht, die im Inland selbst hergestellt werden können. Wie unsinnig dieses Verlangen ist, geht allein daraus hervor, daß Deutschland über unbedingt notwendige Rohstoffe, wie Eisen, Baumwolle, Gummi usw. nicht verfügt, diese vielmehr aus dem Ausland beziehen und für die Bezahlung dieser Einfuhr Eigenerzeugnisse im Ausland absetzen muß. Diese Erzeugnisse werden aber

Höhe des Reichsdurchschnitts. In der Provinz Brandenburg stehen Einkommen von 16,7 Millionen Umsätzen von 107 Millionen gegenüber, so daß die Nutzenquote ungefähr dieselbe ist wie in Berlin. Man darf aber nicht vergessen, daß in der Großstadt der Konsum an Luxusbackwaren, bei denen mit hoher Nutzenrate gearbeitet wird, um ein Vielfaches größer ist als auf dem flachen Lande.

Das in dem Bäckergewerbe angelegte Rohvermögen stellt sich auf etwa 1170 Millionen Mk. Bei einem Umsatz von 2615 Millionen Mk. wird das Kapital etwa 2¼mal im Jahre umgeschlagen. Bei einem Einkommen von 440 Millionen wurden 37 Proz. vom Rohvermögen im Jahre verdient. Für ein Gewerbe, das den Schwankungen der Wirtschaftslage weniger ausgesetzt ist als viele andere, ist dieser Satz ein recht guter, selbst wenn man in Betracht zieht, daß das Jahr, für das er errechnet ist, ein Jahr des wirtschaftlichen Anstiegs war.

Zu viel Konditorlehrlinge

Jährlich verlassen 1800 die Lehre. Die „Berliner Konditorei“, das amtliche Organ der Berliner Konditoren-Innung, polemisiert gegen Ausführungen, die in der Beilage des „Berliner Tageblattes“, „Die Brücke“ in Nr. 8 vom 21. Februar 1932 über das Lehrverhältnis im Konditorgewerbe gemacht wurden. Sie behauptet, daß 5500 Konditorlehrlinge bei 8000 selbständigen Konditormeistern absolut nicht so hoch sei und daß die große Arbeitslosigkeit, die im Konditorgewerbe augenblicklich herrscht, durch die Zahl der Lehrlinge nicht beeinflußt wird.

Das Konditorgewerbe ist von der allgemeinen Wirtschaftskrise besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Demzufolge hat die Arbeitslosigkeit für die Arbeitnehmer dieses Berufes eine Höhe erreicht, wie sie nie erwartet wurde. Viele Tausende von Konditorgehilfen sind der Arbeitslosigkeit preisgegeben. Die Hoffnung, im Beruf wieder unterzukommen, wird nicht nur dadurch immer mehr zerstört, daß sich die allgemeine Wirtschaftslage weiter verschlechtert, sondern daß alle Jahre durchschnittlich 1800 Konditorlehrlinge auslernen und den Arbeitsmarkt belasten. Fast kein einziger dieser jungen Ausgelernten hat das Glück, längere Zeit nach Abschluß der Lehre im Geschäft seines Lehrmeisters als Gehilfe weiter zu arbeiten. Sie werden entlassen und fallen ihren Eltern, der staatlichen oder kommunalen Fürsorge zur Last. Ihre wirkliche Aufgabe, im Berufe zu arbeiten, wird auf lange Sicht unterbrochen, ja, teilweise völlig zerstört. Gerade im Konditorgewerbe hat diese Unterbrechung für eben ausgelernte Gehilfen unabsehbare Folgen. Der junge Konditorgehilfe hat nach Beendigung der Lehre die Grundbegriffe seines Berufes kennengelernt. Seine Ausbildung in Spezialfächern erfolgt in der Hauptsache in den jungen Gehilfenjahren. Die hohen Ansprüche seitens der Konsumenten erfordern dies. Geht die Möglichkeit der weiteren Berufsertüchtigung verloren und wird sie durch Arbeitslosigkeit zur Unmöglichkeit, so ist der junge Konditorgehilfe zu 80 Proz. für seinen Beruf erledigt. Das Unterschlüpfen in verwandte Industrien (Schokoladen-, Back- und Süßwarenindustrie) ist heute aussichtsloser denn je, da diese Industrie fast kein Gewicht mehr auf berufliche Vorbildung legt.

Angesichts der vorliegenden Tatsachen wäre es dringend notwendig, erneut zu prüfen, ob für das Konditorgewerbe 5500 Lehrlinge, von denen jährlich 1800 auslernen, auch weiterhin zugelassen werden können, wenn heute bereits feststeht, daß selbst diese nach Absolvierung einer erfolgreichen Lehre nur als ungelernete Arbeiter ihr Leben fristen können. Unseres Erachtens vergeuden 80 Proz. dieser jungen Men-

schen 3 bis 4 Jahre ihres Lebens damit, einen Beruf zu erlernen, von dem sie nach Verlauf dieser Jahre keinerlei Gewinn haben.

Die Aufgabe der Behörden wird es sein, die bestehenden Lehrlingsverordnungen zu verschärfen und anzuordnen, die zulässige Zahl der Lehrlinge weiter zu beschränken. Allen interessierten Eltern müssen wir in vorgezeichnetem Sinne Aufklärung geben.

Mehl- und Brotpreise am 1. März 1932

Weiteres Ansteigen der Getreidepreise.

Die Tatsache, daß wir mit einem Fehlbedarf an Roggen und Weizen bis zur neuen Ernte zu rechnen haben, führt dazu, daß die Preise weiter ansteigen. So lagen die Weizenpreise Ende Februar um 7 bis 9 Mk. je Tonne höher als am Anfang des Monats. Ebenso führte das knappe Angebot an deutschen Roggen zu weiteren Roggenpreiserhöhungen; hieran ändert auch nichts der Umstand, daß von der



So... deutschen Getreidehandelsgesellschaft russischer Roggen, der qualitativ hinter dem deutschen zurückbleibt, zu verhältnismäßig niedrigeren Preisen auf den Markt gebracht wurde.

An den überspannten und preissteigernd wirkenden Getreidezöllen will die Regierung aber weiter festhalten; dagegen hat der Reichskommissar für Preisüberwachung eine Verordnung erlassen, wonach mit Wirkung vom 1. März zwecks Streckung der vorhandenen Brotgetreidemengen Roggenmehl nur noch mit einem Ausmahlungsgrad von mindestens 70 Proz. hergestellt werden darf. Diese Maßnahme bedeutet sicher für weite Gebiete des Reiches eine Verschlechterung ihres bisher landesüblichen Brotes und es ist zweifelhaft, ob hierdurch der beabsichtigte Zweck, eine weitere Erhöhung des Brotgetreidepreises zu verhindern, erreicht wird.

Die Preisentwicklung gestaltete sich an den Getreidemärkten in den einzelnen Monatsdritteln des Februar folgendermaßen:

Febr. 1932	Ausland		Inland		Berliner	
	Weizen (Manitoba II)	Roggen Westerb. II	Weizen ab märk. Station (Berliner Notierung) p. t.	Roggen Station	Weizenmehl per 100 kg.	Roggenmehl per 100 kg.
1.—10.	306,—	223,50	242,—	196,—	32,75	29,—
11.—20.	310,—	227,50	246,—	198,—	34,—	29,25
21.—29.	314,50	228,—	247,—	194,—	34,25	29,—

Nach unserer regelmäßig für eine Anzahl von Orten durchgeführten Statistik ist eine Erhöhung des Preises für 1 Doppelzentner Roggenmehl von 31,71 Mk. am 1. Februar auf 32,03 Mk. am 1. März 31,71 Mk. am 1. Februar auf 32,03 Mk. am 1. März eingetreten. Den Brotpreis glaubt dagegen die Reichsregierung, die durch die hohen Zölle die Getreide- und Mehlpreise in geradezu phantastischer Weise steigern läßt, auf eine erträgliche Höhe zu halten. Es sei auf die verschiedensten Verordnungen des Reichskommissars für Preisüberwachung hingewiesen, die vom Gewerbe als äußerst ungerecht empfunden werden. So sind nach der Verordnung vom 27. Februar 1932 Preiserhöhungen im Kleinhandel mit Brot nur nach schriftlicher Anmeldung durch die örtlichen Innungen oder Händlerverbände bei der zuständigen Ortspolizeibehörde zulässig. Die Brotpreise haben nach unserer Statistik trotz Steigerung der Mehlpreise im Durchschnitt im Laufe des Februar sogar eine geringe Senkung erfahren, von 38,5 Pf. am 1. Februar auf 38,2 Pf. am 1. März je Kilogramm.

Ueber die Mehl- und Brotpreise in den einzelnen Orten verweisen wir auf nachstehende Zusammenstellung:

Ort	Preis für 1 kg.		Preis für 1 dz.		Gewicht des Weizenbrötchens g
	1 dz. Roggenmehl Mk.	Roggenbrot (Mischbrot) Pf.	1 dz. Weizenmehl Mk.	1 Weizenbrötchen (Semmel) Pf.	
Königsberg i. Pr.	29,50	36	36,—	2	40
Breslau	30,25	36	34,75	4	65
Görlitz	32,—	32,5	36,50	2,5	35
Gleiwitz	30,25	35	33,10	5	65
Ratibor	30,50	33	33,50	5	75
Berlin	30,40	36	34,—	2,5	30
Hamburg	31,50	38	44,25	2,5	25—30
Bremen	31,50	41	44,25	2,5	28
Magdeburg	30,—	34	39,—	5	60
Hannover	31,—	34	40,—	2,5	29,5
Leipzig	32,—	35	38,—	4	55
Halle	32,50	36	39,50	3	36
Chemnitz	33,50	38	41,—	1	42
Dresden	32,25	37	37,30	4	44
Erfurt	33,—	35	38,—	3	38
München	33,—	40	42,—	4	42
Nürnberg	32,50	38	38,90	4	44
Landshut	34,—	44	42,50	3	34
Würzburg	32,75	40	39,—	5	50
Stuttgart	33,20	38	41,20	4	45—50
Mannheim	31,50	37,3	36,95	4	40
Freiburg i. Br.	34,50	44	41,—	4	40
Frankfurt a. M.	31,50	38	37,50	4	40
Kassel	31,—	35	37,—	3	35
Köln	31,—	42	35,—	3	35
Aachen	31,75	53	3,—	3	38—40
Krefeld	32,—	40	36,—	3	35
Wuppertal	33,50	40	38,—	3	40—50
Essen	35,—	41,5	40,—	2,5	32
Dortmund	32,25	40	37,55	2,5	35—40
Danzig	24,50	40	25,50	3	45

1) Durchschnittspreis 2) Feinbrot

Nazis ohne Maske

Weder national noch sozialistisch.

Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß der offizielle Name der Hitler-Partei nichts anderes ist als ein großangelegter Betrug. Besonders auf die Bezeichnung sozialistisch trifft dies zu. Würde die

Goethe

Zum 100jährigen Todestage am 22. März.

In diesen Tagen wurde mit viel Wehrauch des großen Dichters gedacht und sein Werk glänzt in dem Mittelpunkt bürgerlich-literarischer Betrachtungen. Doch jeder Versuch, unsere Zeit wieder dem Klassismus nahe zu bringen, müßte an dem Charakter der Gegenwart scheitern, ohne daß sie Goethes Größe zu verleugnen braucht. Denn Goethe ist in der Universalität seines Geistes, in der sprachlichen Schönheit seiner Dichtungen und der beispiellosen Produktivität noch immer unerreicht: sein Leben ist ein strahlender Siegeszug seines Genius, Hingabe an das Studium fast aller Wissenschaften und eine rastlose Tätigkeit in Staatsdiensten. Immer waltet in diesem Leben eine glühende zwiespältige Seele und drängt nach geistiger Vollkommenheit, Weltgeltung und Lebensgenuß. Das ist Faust! Alle Phasen seines eigenen Lebensganges sind die Materie Goethes größter lyrischer Dichtung. Und darüber hinaus ist Faust das Problem des kämpfenden und strebenden Menschens überhaupt. Gelangt Faust nach vielen Irrungen zu der Erkenntnis, daß das Glück des Lebens in einer freien tätigen Menschheit auf behaglich neuer Erde ruht, so ist das ganz unsere Auffassung. Doch zugleich betont er: „Nur der verdient sich Freiheit wie das

Leben, der täglich sie erobern muß!“... Faust ist Goethes Lebensarbeit, denn nach sechzig Jahren, kurz vor seinem Tode, schließt er sie ab.

Während Faust Goethes Ruhm vollendet, beginnt dieser mit dem Ritterschauspiel „Götz von Berlichingen“ und dem Seelenroman „Leiden des jungen Werthers“. In beiden Werken bestätigt Goethe seine Sturm- und Drangperiode. Mit dem Roman erregte er gewaltiges Aufsehen. Den Stoff dieses Buches bildet seine flammende Leidenschaft zu Charlotte Buff, der Braut des Kammergerichtssekretärs Kestner. Doch wechselt er am Schluß die Personen, denn es ist nicht mehr Werther, der sich erschießt, sondern der Legationssekretär Jerusalem. Der Selbstmord dieses Mannes, dem das Motiv einer ähnlichen Leidenschaft zugrunde lag, hat den jungen Goethe zur Niederschrift seines Romans erst angeregt. Dieses Ende kann aber nicht sein eigenes werden, denn zu stark pulsiert der Lebenswille in seinem Blut. Noch oft tritt dieser Lebenswille bei Goethe in Erscheinung und hilft ihm über viele Krisen hinweg.

Es war Goethes Schicksal, von seiner Zeit oft mißverstanden zu werden, wozu er durch seinen unausgeglichenen Charakter wesentlich beitrug. Seine kostbarsten dramatischen Werke wie „Iphigenie“ und „Tasso“ fanden nur geringen Beifall und wurden fast nicht gespielt. Mit den Gelehrten stritt er erfolglos um Anerkennung der Ergebnisse seiner

wissenschaftlichen Forschungen. Doch seine Lyrik blieb unberührt und wurde allseitig begeistert gerühmt. Da ihm so wenig Menschenliebe zuteil wird, klirrt Menschenhaß in ihm auf, und er verzichtet gänzlich darauf, populär zu werden. Nur einige Auserlesene sind es, zu denen er sich bekennt und deren Urteil für ihn begrenzte Geltung hat.

Goethe verkehrte fast mit allen bedeutenden Männern seiner Zeit, doch nur zwei von ihnen vermochten Einfluß auf sein Schaffen zu gewinnen: Herder und Schiller. Herder, von Beruf Geistlicher, ein eklatanter kultur-philosophischer Schriftsteller, störte leider durch seinen Machtgöismus ihre Gemeinschaft. Schiller dagegen blickte bewundernd auf Goethes Genius empor. Goethe gewinnt durch Schiller viel Anregung und vollendet erst auf dessen Drängen eine Reihe seiner Schriften; er wird Mitarbeiter an Schillers „Horen“, einer belletristischen Zeitschrift, und gemeinsam verfassen sie eine Sammlung von Xenien gegen literarische Zeitgenossen.

Die Frage, wer von beiden der Größere war, ist stark umstritten und noch nach keiner Seite entschieden. Zweifellos ist Schiller im großen Drama Goethe überlegen. Im Sturm eroberte es ihm alle Bühnen und die Herzen des Volkes. Goethe brachte mit viel Sorgfalt die Schillerschen Schauspiele am Hoftheater in Weimar, das er leitete, zur Aufführung. Schiller wieder bearbeitete viele Stücke Goethes,

Hitler-Partei entsprechend dieser Bezeichnung wirklich sozialistische Ziele verfolgen, dann könnten bestimmt nicht so viele Unternehmer in ihr eine führende Rolle spielen.

Auch das Wort „national“ ist irreführend. Nicht nur, daß Hitler anerkennt hat, daß das urdeutsche Südtirol auf die schamloseste Art unterdrückt und seiner deutschen Kultur beraubt wird; in seiner Partei gibt es auch eine ganze Reihe zweifelhafter Elemente, die weder national denken noch fühlen. Dafür ein Beispiel von vielen:

Der stellvertretende Führer des SA.-Sturmes 33 in Mainz, Feldmann, ist in der Zeit von 1909 bis 1916 und von 1918 bis 1923 in der französischen Fremdenlegion gewesen. Während des Krieges hat er auf der Seite Frankreichs gegen Deutschland gekämpft. Als die separatistische Bewegung im Jahre 1923 im Rheinland ihren Höhepunkt erreichte, kam Feldmann nach Mainz und stand von dieser Zeit an bis zum Abzug der Franzosen in deren Diensten. Wegen dieser „nationalen Taten“ wurde Feldmann verhaftet und am 22. Mai 1931 durch das Reichsgericht in Leipzig wegen Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Bei der Verhaftung Feldmanns hat man bei ihm einen auf seinen Namen ausgestellten französischen Militärpaß gefunden.

Fremdenlegionär, Separatist, Landesverräter, Sturmführer der Nazis, das ist die Stufenleiter zur Erneuerung Deutschlands.

Nun erst recht

Die Angst vor den Hammerschaften

Die Faschisten und ihre Freunde haben Angst vor den Hammerschaften. Die Zeitschrift der Volkskonservativen Vereinigung verlangt bereits, daß sich die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verantwortlichen Organe um diese Kampfstaffeln kümmern sollen. „Man kennt“, so betont das Volkskonservative Organ, „die Bedeutung der Herrschaft über lebenswichtige Betriebe in weitestem Sinne für die Durchführung eines modernen Staatsstrechs. Sollten die Hammerschaften etwa der Grund sein, weshalb die Sozialdemokratie seit einiger Zeit so zuversichtlich verkündet, sie könne auch bei legaler Machtergreifung durch „Faschismus“ das, was sie unter Republik versteht, retten? Sind die Hammerschaften, gerade heraus gefragt, etwa Betriebs-sabotagegruppen für den Fall, daß die Tolerierung der Reichspolitik durch die Sozialdemokratie eines Tages so oder so ihr Ende findet?“

Gerade heraus lautet unsere Antwort: Einen Hammer braucht man zum Zuschlagen, und ganz gewiß werden die Hammerschaften ihren Hammer nicht auf die Kommode legen, wenn Hitler den Versuch machen sollte, „ganz legal“ den Gewerkschaften an die Kehle zu springen. Die Hammerschaften wissen ja genügend Bescheid über die „Legalität“, mit der die Hitlerleute in dem Augenblick, wo sie zur Macht kommen, zu arbeiten gedenken. Die Hammerschaften werden den Herrschaften mit der gespaltenen Zunge, wenn sie glauben, unter Hohngelächter „ganz legal“ die Gewerkschaften abzuwürgen, rechtzeitig auf's Maul schlagen.

Krankenversicherung bei Arbeitsunterbrechungen

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung beginnt der Schutz der Krankenversicherung mit dem Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung. Er endet ebenso automatisch mit dem Ausscheiden aus der Beschäftigung. (Auf die Be-

stimmungen, die dem Versicherten auch nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung und damit aus der Kasse noch einen gewissen Schutz garantieren, sei hier absichtlich nicht eingegangen.) In den jetzigen Zeiten der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sind die Fälle nicht selten, in denen Versicherte mit der Arbeit einige Zeit aussetzen müssen. Es ist nun die Frage sehr wichtig, ob während dieser Arbeitsunterbrechungen die Versicherungspflicht zur Krankenversicherung fort dauert oder nicht. Daß die Beantwortung dieser Frage für die Arbeitnehmer von großer Bedeutung ist, bedarf wohl keines besonderen Hinweises. Der bekannte Kommentar zur Krankenversicherung von Hahn-Kühne schreibt zu dieser Frage: „Besteht während der Unterbrechung der tatsächlichen Arbeitsleistung ein Lohnanspruch nicht, so erlischt der Regel nach das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis schon wegen Unmöglichkeit der Erfüllung der Beitragspflicht. Bei kurzen Unterbrechungen, nach denen alsbald wieder eine Lohnzahlung stattfindet, welche die Erfüllung jener Pflicht auch für die Zwischenzeit ermöglicht, erscheint es statthaft und, je nach Umständen, ge-



oder so?

boten, auch ein gelohntes Arbeitsverhältnis und daher die Pflichtversicherung als fort dauernd anzusehen.“ in der Praxis sind nun die Fälle nicht selten, in denen die Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer auch während zusammenhängender Feiertage (Weihnachten, Ostern, Pfingsten usw.) abmelden. Sie tun dies, obgleich das Arbeitsverhältnis ununterbrochen fortbesteht, nur aus dem Grunde, um Beiträge zu ersparen. Ein derartiges Verhalten ist unrichtig. Solange das Beschäftigungsverhältnis nicht endgültig gelöst ist, sondern fortbesteht, besteht auch die Pflicht zur Krankenversicherung fort. Der Arbeitgeber darf die Arbeitnehmer also nicht bei der Krankenkasse abmelden. Diesen Standpunkt, der schon seit Jahrzehnten in der Krankenversicherung gilt und der dort mehr oder minder ungeschriebenes Recht ist, hat unlängst die oberste Sozialversicherungsbehörde, das Reichsversicherungsamt, verlassen. Diese Behörde hat am 3. Juni 1931 folgende Entscheidung gefällt:

besitzen will. Hieran schließt sich seine Reise nach Italien am 4. September 1786, die einer Flucht vor dieser Frau und dem Hofstreben überhaupt gleichkam. Italien war Goethes reichstes Erlebnis. Fast unerkant, immer die Wunder des Landes erforschend, hat er zwei Jahre in ihm zugebracht... Mit Christiane Vulpius lebte Goethe neunzehn Jahre in freier Ehe, bevor er sie gesetzlich zu seiner Frau machte. Unwillig näherte sich die Gesellschaft dieser Frau, die aus ärmlichen Kreisen an die Seite ihres großen Dichters getreten war.

Aus den ethischen und religiösen Maximen Goethes weht teilweise ein freier Geist. Sein Leben lang Pantheist, erhielt Goethe schon von seinen Zeitgenossen das Attribut „der große Heide“. Waren ihm die Dogmen der Kirche ein Mischmasch von Irrtümern und Gewalt, in denen er Gott nicht zu schauen vermochte, so fand er ihn ganz in seinem Werke: der Natur, deren Erforschung er die meiste Zeit seines Lebens gewidmet hat. Sonst sind es die Götter Griechenlands, zu denen er in den Stunden der Muse flüchtete... Goethe hat sich auch von der national-patriotischen Dichtung stets ferngehalten; sein kosmopolitischer Geist fühlte sich allen Völkern freundlich verbunden. Den Krieg empfand er als etwas der Natur Ungemäßes. Diesen dem Proletariat kongenialen Einsichten Goethes folgt wieder eine staatspolitisch konservative Haltung. So bekämpfte er alle Bestrebungen, die gegen das

„Versicherungspflicht zur Krankenversicherung liegt nicht vor, wenn die Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft während einer kürzeren Betriebsstilllegung anderweitig verwerten können. Die Einbehaltung der Arbeitspapiere in Rücksicht auf die Wiedereinstellung ist ohne Bedeutung.“

Diese Entscheidung ist u. E. unhaltbar. Wenn auch der Arbeitgeber tatsächlich das Recht hat, während der Betriebspause seine Arbeitskraft anderweit wirtschaftlich zu verwerten, so hat er hierzu doch praktisch keine Gelegenheit. Es scheint fast so, als ob die Rechtsprechung das noch zerschlagen will, was die Notverordnungen von der Krankenversicherung übrig gelassen haben. Kl—s.

„Kauft deutsche Waren“

Ein Wunsch, der am Profit scheitert

Die Zeitschrift „Das Weinblatt“ stellt in Nr. 7/31 mit tiefer Betrübniß fest, daß in einem Berliner Ufa-Kino ein Werbefilm für russische Krimweine gezeigt wird. Es wird dabei als merkwürdig empfunden, daß die unter Führung des Parteiführers Hugenberg stehende Ufa angesichts der großen Not der deutschen Winzer und der Bemühungen amtlicher und halbamtlicher Stellen, für den Verbrauch deutscher Weine einzutreten, hier für ein Produkt der bolschewistischen Wirtschaft Reklame macht.

Die in dieser Feststellung zutage tretende Naivität läßt uns die Frage aufwerfen: Glaubt die Schriftleitung des „Weinblattes“ wirklich daran, daß bei einem Geschäftsmann wie Hugenberg die gute Sache vor dem Geschäft kommt? Sie wird es noch nicht erlebt haben und auch nicht erleben. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur daran, daß es der Scherl-Verlag, auch ein Hugenberg-Unternehmen, war, der für den Film „Im Westen nichts Neues“ die Prospekte druckte, während Hugenbergs Partei alle Hebel in Bewegung setzte, damit der Film verboten wurde.

Die Skrupellosigkeit dieser Art Geschäftsleutz kennt keine Grenzen. Dafür nur noch ein Beispiel. Als das Weinlager der Gebrüder Lahusen, die die einst so blühenden Nordwollewerke ruiniert haben, versteigert werden sollte, stellte es sich heraus, daß dieses zu einem guten Teil aus französischen Weinen bestand. Wie oft mögen diese „echt deutschen Männer“ wohl gerufen haben: Deutsche, kauft deutsche Waren.

Im übrigen soll noch darauf verwiesen werden, daß die in großen Mengen nach Deutschland eingeführten französischen Weine fast ausschließlich nur von jenen konsumiert werden, die für sich das Wort „national“ gepachtet haben. Und wenn man ab und zu feststellt, welche Autos diese Leute fahren, dann wird man, mit Ausnahmen, immer wieder finden, daß es ausländische sind.

Betriebsräte in Spanien

Der spanische Arbeitsminister hat der Nationalversammlung den Entwurf eines Gesetzes über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den gewerblichen Betrieben vorgelegt. Das Gesetz ähnelt in vielen Dingen dem deutschen Betriebsrätegesetz. So ist die Wahl der Betriebsausschüsse obligatorisch. Wie im deutschen Gesetz ist der Betriebsrat in mehr oder weniger großem Umfang ein Hilfsorgan der Gewerkschaften. Er hat u. a. über die Durchführung der von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge zu wachen. Der Gesetzesentwurf geht teilweise weiter als das deutsche Gesetz. Er sieht vor, daß der Betriebsrat alle drei Monate einen Tätigkeitsbericht an seine Gewerkschaft sendet. Weiter haben die Betriebsräte die

herrschende System gerichtet waren, auch blieb er Gegner der Volksvertretung. Während seine literarischen Zeitgenossen sich an der gewonnenen Freiheit des französischen Volkes begeisterten, schrieb er seinen „Bürgergeneral“, in dem er die Revolution karikiert. Da zürnten ihm alle liberal Gesinnten und schimpften ihn Fürstknecbt...

Goethe wurde am 28. August 1749 in Frankfurt am Main geboren. In Leipzig und Straßburg studierte er Jura, und im Jahre 1772 war er am Kammergericht in Wetzlar tätig. 1775 folgte er der Einladung des Herzogs Carl August an den Hof nach Weimar, wurde 1779 Geheimrat, 1782 Kammerpräsident und erhielt den Adelstitel. 1815 erfolgte seine Ernennung zum Kultusminister. Von 1791 bis 1817 leitete er auch noch die Weimarer Hofbühne. So hatte Goethe erreicht, was er im faustischen Kampfe erstrebte, als er am 22. März 1832 in Weimar verschied. Der Nachwelt hinterließ er ein gewaltiges Geistesgut. Ist es nur wenigen möglich, alles zu studieren, so sollte doch jeder die Prosaschriften kennen: „Wilhelm Meisters Lehrjahre“, dessen „Wanderjahre“, „Wahlverwandtschaften“ und „Aus meinem Leben“, Dichtung und Wahrheit...

Dem Proletariat steht Goethe fern, doch muß es seine Tatkraft und Geistesgröße verehren und sein Werk zu würdigen wissen. Erich Meyer.

und unter seiner Hand wurden sie erst bühnenreif. So erleben wir hier eine fruchtbare Dichtergemeinschaft, der Schiller leider durch einen zu frühen Tod entrissen wurde... Zu einer Freundschaft zwischen Goethe und dem großen Beethoven ist es nicht gekommen, zu sehr gingen ihre Charaktere auseinander.

Waren Goethe nur wenige Männer zugänglich, so um so mehr die Frauen. Stets zogen sie ihn an, wenn sie ihm in der Form seines Ideals begegneten. Dabei fesselte ihn mehr echte Weiblichkeit als Schönheit. Das Beste seiner Lyrik haben wir den Frauen zu verdanken, denn immer ist sie die Folge seiner Beziehungen zu ihnen. Da betet er im „West-östlichen Divan“ in perlenden Versen Marianne, die Frau seines Freundes von Willemer, als seine Suleika*) an. Die melancholischen Marienbader Elegien quellen aus seiner späten und letzten Liebe zu der jungen Ulrike von Levetzow. So haben noch viele andere Frauen produktiv auf Goethes lyrische Kräfte eingewirkt oder sie sind als Abbilder in seine dramatischen Werke eingegangen. Am längsten haben Frau von Stein und Christiane Vulpius Goethe angehört. Der Frau von Stein war er in mehrjähriger Leidenschaft ergeben, von der er aber sich in dem Augenblick befreite, als sie ihn ganz

*) Persischer Mädchenname.

Aufgabe, für die Durchführung der sozialpolitischen Gesetze im Betrieb zu sorgen, an der Aufstellung der Arbeitsordnung mitzuwirken und die Bilanzen usw. zu prüfen. Sie sollen ferner bei der Einstellung und Entlassung der Arbeiter gehört werden. Zu ihren betrieblichen Aufgaben gehört auch die Mitarbeit hinsichtlich der Betriebsorganisation und die Beobachtung der Schwankungen zwischen Produktion und Lohn. Die Förderung der körperlichen und geistigen Wohlfahrt der Arbeiter, des allgemeinen und beruflichen Bildungswesens und der Lehrlingsfragen gehört ebenfalls in ihren Aufgabenkreis. Sie sollen sich unter Wahrung des Betriebsgeheimnisses um die Frage des Einkaufes und der Preise für Rohstoffe, die Betriebsverwaltung, die Finanzwirtschaft (Dividende und Lohn) usw. kümmern. Wenn der Unternehmer z. B. auf Grund der Wirtschaftskrise Entlassungen vornehmen will, muß er den Betriebsausschuß vorher davon unterrichten, damit dieser Vorschläge machen kann, wie die Entlassungen vermieden werden können, z. B. durch Verkürzung der Arbeitszeit usw. Auch die etwa vom Unternehmer beabsichtigte Verhängung einer Ordnungsstrafe muß dem Betriebsausschuß unter Angabe der Gründe mitgeteilt werden.

Dieser Gesetzentwurf bedeutet einen weiteren Sieg des kollektiven Arbeitsrechts in der Welt. In seiner Begründung sagt der sozialistische Arbeitsminister Genosse Caballero ausdrücklich, es genüge nicht, die Arbeiter aus rein menschlichen Gründen im Betrieb zu schützen, man müsse ihnen in Rahmen ihrer Organisation das Recht der Mitbestimmung an Betrieben auf gesetzlichem Wege sichern. Wie wir zuverlässig erfahren, dürfte der Entwurf demnächst in seiner vorliegenden Form vom Parlament angenommen werden.

Unsere Zeitschriften

Technik und Wirtschaftswesen. Das Märzheft dieser für die Mitglieder in den Getreide, Mehl, Zucker und Kakao verarbeitenden Industrien bringt wieder viele außerordentlich interessante und lehrreiche Beiträge, aus denen wir die nachstehenden titelweise hervorheben: Arbeitsdiagramme; Eine neue Schälmaschine; Schutz der Elektromotoren gegen Wicklungsbrand; Nachweis von gebleichten und behandelten Mehlen; Normal- und Edelhefe; Die Verkaufswaage; Der Köpchenschimmel; Ein interessanter Kostenvergleich; Der Backprozeß; Reformen des Aktienrechts; Nahrungsmittelrechtliche Fragen; Technisch-wissenschaftliche Umschau; Mathematisches aus der Praxis; Arbeitsweise und -material; Aus Gewerbe und Industrie; Rohstoffmarkt; Literatur; Patente.

Der Bezug dieses Heftes, das für Verbandsmitglieder für 15 Pf. abgegeben wird, kann allen in der Praxis stehenden Kollegen nur dringend empfohlen werden. Sämtliche Ortsgruppen des Verbandes nehmen Bestellungen entgegen.

„Fleischer-Fachzeitschrift.“ Die Nummer 3 der „Fleischer-Fachzeitschrift“ kommt mit der Nr. 11 unserer „Einigkeit“ zum Versand. Es seien folgende Beiträge erwähnt: Die Bestandteile des Fleisches, Wie erkärt sich die Gelbfärbung des Rinderfettes? Ursachen der Fleisch- und Wurstvergiftungen, Vom Fleischergewerbe in Libyen, Teewurst nach Rügenwalder Art, Gänseleber in Terrinen, Behandlung der Fleischereimaschinen u. a. m. Die „Fleischer-Fachzeitschrift“ ist durch die Ortsverwaltungen und Unterkassierer zu beziehen und wird an Verbandsmitglieder kostenlos verabfolgt.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch Nr. 71 831 für Fritz Rudolf, Brotfahrer, geboren am 12. 2. 96 in Berlin, eingetreten am 28. 3. 28. Das Buch wurde gestohlen. Es ist beim Vorzeigen anzuhalten und dem Verbandsvorstand einzusenden.

Ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch Nr. 92 930 des Kollegen Karl Jäckel, Bäcker, geboren am 12. Februar 1910, eingetreten am 5. April 1929 in Quedlinburg a. H. Das Buch ist verlorengegangen. Es ist beim Vorzeigen einzuziehen und dem Verbandsvorstand einzusenden.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 4. März bis 18. März 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 128 79. Nahrungsmittel- und Geträckerbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 48.

Ortsgr. 1932:

- Gleiwitz 16,—, Hameln 53,75, Sagan 100,—, Essen 36,50, Regensburg 14,12, Stendal 25,16, Wuppertal 38,78, Münster 500,—, Chemnitz 54,12, Mainz 75,—, Ansbach 309,—, Braunschweig 64,08, Bremen 65,44, 35,—, Dresden 359,92, Duisburg 69,60, Koblenz 58,62, Oppeln 260,—, Rostock 69,64, Seetitz 85,44, Berlin 29,—, Düsseldorf 217,63, Mainz 95,60, Erfurt 58,64, Freiburg i. Pr. 28,96, Görlitz 27,30, Nürnberg 145,72, Wiesbaden 29,64, Berlin 31,20, Halle 59,24, Herford 29,—, Kassel 60,78, Krefeld 115,00, Kulmbach 26,32, München 276,84, Hamburg 437,08, Saarbrücken 115,64, Demaria 100,—, Gleiwitz 59,80, Königsberg i. Pr. 53,46, Leipzig 289,24, Mannheim 117,56, Heilbronn 136,49, 89,51, Krefeld 700,—, Bayreuth 1149,31, Berlin 62 906,85, Bielefeld 8996,14, Bochum 2619,88, Danzig 3945,—, Detmold 400,—, Dortmund 12 683,75, Düsseldorf 353,54, Chemnitz 6946,26, Clero 1259,10, Freiburg i. Br. 4334,03, Habschwerdt 6,70, Hamburg 34 860,04, 8345,12, Herford 1035,25, Hof 266,28, Koblenz 4638,17, Köln 5521,75, Königsberg i. Pr. 736,25, Kulmbach 2208,50, Landshut 2153,15, Mannheim 11 420,51, München 4551,42, Regensburg 2538,93, Saalfeld 2912,87, Saarbrücken 2521,61, 100,—, Wiesbaden 1908,61, Landshut 28,32, Ludwigslust 300,—, Magdeburg 145,88, Reichenbach i. V. 280,—, Torgau 150,—, Stuttgart 124,72, 2324,74, 937,58, Christianstadt 50,—, Neusslau 300,—, Straubing 350,—, Heil-

bronn 17,80, 10,—, 5,—, Lübeck 32,16, Halberstadt 89,28, Hannover 146,56, Chemnitz 65,00, Aachen 40,—, Dresden 19 836,41.

Sonstiges:

Berlin 1,—, 101,18, 11,16, Pirmasens 4,—, Berlin 75,90, Kulmbach 67,20, Berlin 400,—, Deventer 7,20, Berlin 1,65, 556,65, 0,30, Dresden 1,25, Leipzig 2,40, Hinderburg 6,—, Berlin 300,—, 74,10, 1,70, Altona 7,90.

Korrespondenzen

Berlin. (Karl Höpfner 60 Jahre.) Einer unserer Alten, der schon Mitte der 90er Jahre an hervorragender Stelle im früheren Bäckerverbande tätig war, feierte vor wenigen Tagen seinen 60. Geburtstag. Die Glanzzeit unseres Karl Höpfner fiel in jene Periode, als sich Lokal- und Zentralorganisation in der Gewerkschaftsbewegung ähnlich, wenn auch bei weitem nicht so schlimm, zerfleischten wie heute die Gesamtarbeiterbewegung. Damals trat unter den wenigen jungen Kollegen Karl Höpfner mit an die Spitze der Zentralbewegung. Er fungierte eine Reihe von Jahren in der öffentlichen Bewegung bei der „Lokale“ und „Zentrale“, die sich in einer bestimmten losen Vereinigung befanden, als Vertrauensmann der Bäcker Berlins und ist in unserem Vorstand bis zur Vereinigung zwischen beiden feindlichen Brüdern stets selbstlos und aufopfernd hervorgetreten.

Wir beglückwünschen den Jubilar, der am 1. August 1891 in den Verband eintrat und schon über 40 Jahre Mitglied ist, zu seinem Ehrentage und wünschen ihm in seinem jetzigen Wirkungskreise noch eine recht lange segensreiche Tätigkeit.

Beuthen. Am 5. März hatte die Sektion der Getränkearbeiter, anlässlich des zehnjährigen Bestehens unserer Ortsgruppe, eine Festsitzung. Nach Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden sprach unser Bezirksleiter, Kollege Bienkowski, über den Bierstreik und die Einstellung unserer Organisation dazu. Wir Brauereiarbeiter sind Gegner eines solchen Streiks. Er führte weiter aus, wie durch den Konsumrückgang auch die Aufträge der Brauereien an die anderen Industrien, die viele Millionenwerte bedeuten, ausgefallen sind. Dann sprach Kollege Bienkowski zu den Bierfahrern über das Thema: „Wie schütze ich mich vor Ueberfällen?“ Man ersah daraus, wie unser Verband bemüht ist, Gesundheit und Leben unserer Kollegen zu schützen. Anschließend daran schilderte der Bezirksleiter die Zustände in den oberschlesischen Brauereien vor 10 Jahren, als es noch keinen Tarifvertrag gab, wie sich die Herren dagegen sträubten, in Verhandlungen einzutreten. Aber sie wurden bald eines anderen belehrt, als die Kollegen sich in unserer Organisation zusammenfanden. Zum Schluß wurden die Kollegen, die seit der Gründung der Ortsgruppe dem Verbands die Treue hielten, besonders geehrt.

Bremen. („Meistertreu“ immerdar.) Ueber eine hier stattgefundene Versammlung des Deutschen Fleischer-Gesellen-Bundes, in der der Bezirksleiter Heyne, Frankfurt a. M., sprach, berichtet die „Allgemeine Fleischerzeitung“ folgendes: „— — — Obermeister Schäfer brachte seine Anerkennung über die Ausführungen Heynes zum Ausdruck.“ Na also, ein „Gesellenvertreter“ referiert vor Unternehmern und erntet ihren unbeschränkten Beifall! Schließlich ist das auch eine Leistung, die entsprechend gewürdigt werden muß. Es bedarf wirklich keiner Frage mehr, daß der Deutsche Fleischer-Gesellen-Bund eine ausgesprochene Unternehmerschutztruppe ist!

Frankfurt. (Hans Bätz 65 Jahre.) Am 16. März 1932 feiert Kollege Bätz sein 65. Wiegenfest. In der früheren Organisation der Böttcher war er als Gauleiter tätig, im neuen Verbands als Bezirksleiter. Der Jubilar gehört bereits seit 1889 unserer Organisation ununterbrochen als Mitglied an. Die aufreibende Tätigkeit blieb auf seine Gesundheit nicht ohne Folgen, die ihn zu äußerster Schonung zwangen. Er mußte aus diesem Grunde bereits aus seinem Dienst ausscheiden. Wir bringen Kollegen Hans Bätz die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 65. Wiegenfeste dar, und hoffen, daß er noch lange Jahre in seinem wohlverdienten Ruhestand verleben und seinen immer guten Humor behalten möge.

Höttinghausen i. Oldenburg. Hier wurde vor einiger Zeit eine neue Brauerei errichtet. Der Inhaber Brinkmann glaubt, recht sparsam wirtschaften zu müssen, um die Wirtschaft auf die Beine zu bringen. Die Arbeitszeit im Betrieb beträgt deshalb 60 Stunden, außerhalb für die Fahrer 70 bis 80 Stunden. Ein Brauergeselle erhält für diese lange Arbeitszeit pro Woche 5 Mk.

Die Behörden haben bisher an diesen herrlichen Zuständen noch nichts geändert. Brinkmann scheint auch auf die schönen Reden seiner Parteifreunde, Herrn Reichskanzler Brüning und Arbeitsminister Stegerwald, wenig Wert zu legen.

Die freien Gewerkschaften sind ihm wenig genehm, da sie für die Arbeiterschaft zu viel fordern. Verständlich, denn 5 Mk. Wochenlohn ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Herr Brinkmann ist jedoch ein großer Freund und Förderer der christlichen Gewerkschaften. Die Beschäftigten sollen sich, meint Herr Brinkmann, diesen restlos anschließen, dann will er auch die Beiträge für seine Leute selbst bezahlen.

Ob er sein Bier auch nur für christliche Gewerkschafter, denen die Arbeitgeber die Beiträge bezahlen, herstellen will?

Wir glauben, daß dann der Betrieb seine Pforten bald schließen kann.

Tornesch-Uetersen. In der letzten Versammlung sprach Kollege Bergmann über aktuelle Wirtschaftsfragen. Eine

lebhaft Aussprache brachte manche Klärung. Zum Schluß wurden dem Vorsitzenden, Kollegen Noak, zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen und anerkennend seine Tätigkeit gewürdigt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern. Diese neue Organisation ist mit dem 1. März d. J. ins Leben getreten. Der neue Verband umfaßt alle diejenigen Siedler, die in einer vollen Ackernahrung ihre Existenz suchen. Seine besondere Aufgabe sieht er in der Ansiedlung von Landarbeitern. Wie schon der Name sagt, will er ein Freund und Berater aller Kleinbauern sein. Selbstverständlich steht der neue Verband auf republikanischem Boden und will mit allen gleichgearteten Organisationen und Verbänden seine Aufgaben in freundschaftlicher Zusammenarbeit erledigen. Als Verbandsorgan wird die zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Scholle“ herausgegeben. Die Anschrift des Verbandes lautet: Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern, Berlin SW 48, Enckestraße 6.

AfA-Bundesausschüttung. Wie der ADGB, hat nunmehr auch der AfA-Bundesausschüttung zum 22. März zu einer außerordentlichen Tagung seines Bundesausschusses eingeladen. Die Tagung wird sich mit einem Wirtschaftsplan der freien Gewerkschaften befassen.

Gewerkschaftskonzentration. Auf seinem Verbandstag am 5. März beschloß der freigewerkschaftliche Reichsverband der Steuer- und Zollbeamten zum Gesamtverband überzutreten. Die dem Reichsverband angehörenden Mitglieder werden später im Gesamtverband eine Fachgruppe bilden.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. In ihrem neuesten Bericht kann die Reichsanstalt mitteilen, daß in der Zunahme der Arbeitslosigkeit ein Stillstand eingetreten ist. In der zweiten Hälfte des Monats Februar ist eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Bezirken der Landesamtsämter Ostpreußen, Schlesien, Niedersachsen, Westfalen, Rheinland, Hessen, Sachsen, Bayern und Südwestdeutschland aufgehoben worden durch einen Rückgang in Brandenburg, Pommern, Nordmark und Mitteldeutschland. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen am Monatschluß beträgt mithin immer noch rund 6,13 Millionen. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung hat sich um 30 000 auf 1,852 Millionen verringert. In der Krisenfürsorge ist ein Zugang von 31 000 eingetreten, womit sich die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger auf 1,674 Millionen erhöhte. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, die von den Arbeitsämtern anerkannt werden, beträgt am Monatschluß 1,833 Millionen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in England. In England ist die Arbeitslosigkeit leicht zurückgegangen. Am 22. Februar wurden noch rund 2,70 Millionen Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zum vorhergehenden Monat beträgt der Rückgang rund 27 000 Personen. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres liegt die Arbeitslosenziffer noch um 83 500 höher. Aus dem nur geringen Rückgang der Arbeitslosenziffer in England ist ersichtlich, daß sich die Erwartungen, die auf die Aufhebung der Goldwährung gesetzt wurden, nicht erfüllt haben. Es scheint fast, als ob in diesem Zusammenhange die Arbeitslosigkeit überhaupt nicht eingeschränkt worden ist. Diese Annahme ist gerechtfertigt deshalb, weil durch die Reform der Arbeitslosenversicherung in England alle verheirateten Frauen zwangsweise aus der Versicherung ausgeschaltet wurden und demzufolge auch von der Statistik nicht mehr erfaßt werden.

Leipziger Frühjahrmesse 1932. Die diesjährige Leipziger Frühjahrmesse steht unter dem Druck der verschärften Wirtschaftskrise. Zwar hat sich das Geschäft während der beiden Eröffnungstage nicht so schlecht, wie allgemein angenommen wurde, angelassen, doch macht sich überall eine starke Zurückhaltung bemerkbar. Insbesondere sind es die augenblicklichen politischen Verhältnisse, die eine klare Uebersicht nicht gestatten. Im Gegensatz zu früheren Jahren, wo der Preis und die Preisbildung das Geschäft der Leipziger Messe bestimmten, ist die jetzige Situation für diese Verhältnisse maßgebend. Nicht mit Unrecht wird man deshalb von der diesjährigen Messe als von einer politischen Messe sprechen können. Ganz katastrophal liegen die Dinge am Exportmarkt. Hier wirken sich einmal die Zollerhöhung vom 1. März sowohl die Pfundentwertung und die Devisenbewirtschaftung aus, die ja nichts anderes als eine Unterbindung der Wareneinfuhr bedeuten. Demzufolge kann von einem Export nach England so gut wie keine Rede sein. Auf die nordischen Länder trifft dasselbe zu, da ja auch sie dem englischen Beispiel mit Währungsverschlechterung gefolgt sind. Was das übrige Ausland anbetrifft, läßt sich die Feststellung machen, daß die ausländische Industrie versucht, durch die Leipziger Frühjahrmesse Absatzmöglichkeiten zu gewinnen. Davon zeugen eine ganze Reihe von hervorragenden Kollektivausstellungen, wie sie z. B. Dänemark und Japan zeigen.

Der diesjährigen Leipziger Frühjahrmesse kommt insbesondere die Aufgabe der Stärkung des Inlandsmarktes zu. Wieweit das in Rücksicht auf die politischen Verhältnisse möglich sein wird, bleibt abzuwarten. Obwohl

zwar gekauft wird, sind die Aufträge nicht besonders groß, jedenfalls aber steht die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse unter ungünstigen Verhältnissen wie nie zuvor.

Das Loch im Reichssäckel. Die Ausgaben des Reiches sind im Januar bis auf 1,1 Millionen Reichsmark ausgeglichen worden durch die Einnahmen aus Steuern und Zöllen. Es wurden 772,6 Millionen Reichsmark vereinnahmt und 773,7 Millionen Mark verausgabt. Im vorhergehenden Monat überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 186,8 Millionen Mark. Die Gesamteinnahmen seit Beginn des Finanzjahres am 1. April belaufen sich auf 7335,2 Millionen Mark, die Ausgaben in der gleichen Zeit waren um 96,2 Millionen Mark höher, so daß sich ein Defizit ergibt, das im ordentlichen Haushalt mit dem aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrag insgesamt 776,7 Millionen Mark beträgt. Im außerordentlichen Haushalt wurden im Monat Januar 8,9 Millionen Mark mehr verausgabt. Das dort vorhandene Defizit steigt somit auf 124,2 Millionen Mark. Unter Einrechnung des Fehlbetrages aus dem Vorjahr beträgt im außerordentlichen Haushalt das Defizit 385,6 Millionen Mark. Das Gesamtdefizit des Reiches ist damit auf die runde Summe von 1,16 Milliarden Mark angewachsen.

Senkung des Reichsbankdiskontes. Nachdem an wichtigen ausländischen Kapitalmärkten in den letzten Wochen der offizielle Diskont gesenkt wurde, war der deutschen Reichsbank die Möglichkeit gegeben, den Reichsbankdiskont ebenfalls herabzusetzen. Es ist dies mit Wirkung vom 9. März an geschehen. Der Diskontsatz wurde von 7 auf 6 Proz. und der Lombardsatz von 8 auf 7 Proz. gesenkt. Begründet wurde diese Maßnahme durch den Reichsbankpräsidenten unter Hinweis auf die weitgehende Entlastung der Reichsbank, die zwar saisonbedingt ist, aber nach der besonderen Krediterschütterung des zweiten Halbjahres 1931 in gewissem Umfang auch als Ausdruck einer Wiederkehr geordneter Kreditverhältnisse aufgefaßt werden darf. Ausschlaggebend für die Diskontsenkung war allerdings der Gesichtspunkt, daß angesichts der ungewöhnlichen Schwere und Dauer der Wirtschaftskrise der daniederliegenden Wirtschaft jede nur mögliche Erleichterung auch von der Seite der Zinssatz zugewandt werden muß. Die Reichsbank hält die Diskontsenkung zugleich aus dem Grunde für vertretbar, weil durch die inzwischen durchgeführte große Bankenorganisation der deutsche Kreditapparat selbst wieder auf eine gesunde Basis gestellt worden ist.

Unternehmertum

Zweifelhafte Moral. Das Unternehmertum und seine Presse kann sich nicht genug über die angebliche Schwarzarbeit ereifern. Unter dem Motto „Kampf den Feinden des Handwerks“ wird für alle möglichen und unmöglichen Forderungen Stimmung gemacht. Um so sonderbarer findet es an, wenn die „Fleischer-Verbandszeitung“ in Nr. 58 vom 9. März ein Inserat veröffentlicht, wo ein „Hausschlachter“ zum Zwecke des Erlernens des Rinderschlachtens eine Stellung auf ein halbes Jahr sucht. Das ist Unternehmertum mit doppeltem Boden! Sonst spukt die „Fleischer-Verbandszeitung“ über die zunehmenden Hausschlachtungen Gift und Galle, versetzt oft auch den arbeitslosen Fleischergesellen einen Hieb, schämt sich aber nicht, durch die Aufnahme eines Inserates dem Hausschlachtungsunwesen Tür und Tor zu öffnen. Diese Zeitung würde besser tun, künftig nicht mehr in sozialer Fürsorge für die Fleischergesellen zu machen, denn das glaubt ihr kein Mensch, weil sie selbst durch ihr Inseratengeschäft dazu beiträgt, daß durch Hausschlachter den Gesellen ihr Brot genommen wird.

Pleite der Handelsbank A.-G., Berlin. Die Berliner Handelsbank A.-G., der rund 1700 Berliner Fleischermeister als Einleger angehören, hat ihre Schalter geschlossen. Die Handelsbank A.-G. stand mit der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in Geschäftsverbindung, die verschiedentlich Gelder abgab und an weitere Zuwendungen die Bedingung knüpfte, daß auch der schweizerische Fleischwarenindustrielle Bell helfend einspringen sollte. In seinem Besitz befanden sich rund 15 v. H. des Aktienkapitals. Er gab rund 500 000 Mk. her und die Hypotheken und Wechselbanken ihrerseits 300 000 Mk. Wie es nun heißt, hat die Deutsch-Nordische Häute-Export A.-G., Berlin, einen Kredit in Höhe von 1,75 Millionen Mark erhalten, der den Zusammenbruch herbeiführte. Wie verlautet, wird nunmehr die Dresdner Bank einspringen und bis 250 Mk. die volle Auszahlung garantieren, während bei den höheren Ansprüchen noch keine Klärung erfolgt ist. Dem bereits gebildeten Gläubigerausschuß gehört auch der Fleischer-Gesellen-Bundesvorsitzende Otto Brednow an, woraus zu schließen sein dürfte, daß auch der Fleischergesellen-Bund zu den Geschädigten gehört. Wieviel er bei dem Bankzusammenbruch verliert, mag weniger als die Tatsache interessieren, daß er überall mittenrang ist, wo es sich um Unternehmerinteressen handelt. Bei der Handelsbank A.-G. handelte es sich um ein reines Interesseninstitut und der DFB. teilt diesmal das gleiche Schicksal mit den Unternehmern.

Allgemeine Rundschau

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. (RKW.) Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit veranstaltete am 3. und 4. März eine Diskussionsstagung über das Thema „Kostenaufbau, Kostensenkung, Preisgestaltung“. So lobenswert es an sich sein mag, diese die Öffentlichkeit

in stärkerem Maße interessierenden Fragen zu behandeln, so muß aber doch dabei berücksichtigt werden, daß die ganze Tagung mehr einem wissenschaftlichen Kolleg glich, der mehr oder weniger mit starker Kritik zu begegnen war. So meinte Prof. Dr. Lehmann von der Handelshochschule Nürnberg zur Frage „Sozialaufwand als Kostenfaktor“, daß unsere heutige Rationalisierung lediglich eine Folge der überspannten Sozialgesetzgebung sei (wo war der Diskussionsredner Dr. Broecker vom ADGB?), womit er andeuten wollte, daß es sich bei der Durchführung der Rationalisierung seitens der Unternehmer lediglich um einen Kostenausgleich handele! Universitätsprofessor Dr. Schmidt, Frankfurt a. M., sprach zur Frage „Gewinnspanne und Preispolitik“ und stellte dabei die Behauptung auf, daß unsere heutige Wirtschaft eine kapitalistisch-sozialistische sei. In der später folgenden Diskussion nahm Genosse Naphthali Gelegenheit, den Standpunkt der Arbeiterschaft zur heutigen Wirtschaft darzulegen. Zu erwähnen ist noch, daß auch der Preisüberwachungskommissar Dr. Goerdeler zur Frage „Technik und Entwicklung der Preissenkung“ sprach, wobei er betonte, daß er seine Tätigkeit als im wesentlichen abgeschlossen betrachten kann. Es blieben lediglich zwei Gebiete weiter zu bearbeiten übrig und das seien öffentliche Lasten und Steuern und die Arbeitslosenversicherung. Er trat auch hier wieder, wie bereits bekannt, für eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung ein, wobei er die jetzige Versicherung in eine Wohlfahrtsunterstützung umwandeln möchte.

Zahl der Handwerkslehrlinge. Nach einer Erhebung des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages vom 31. Dezember 1930 waren zur gleichen Zeit in Deutschland 699 335 Handwerkslehrlinge vorhanden. Der Anteil bei den Nahrungsmittelhandwerken ist folgender: Bäcker 57 375, Konditoren 6119, Fleischer 35 149, Müller 2755, Verschiedene 2572. Auf das gesamte Nahrungsmittelhandwerk entfallen 103 970 Lehrlinge.

Immer noch Sklavenhandel. Der Sklavenhandel ist immer noch in Afrika ein sehr weit verbreitetes Übel, besonders in der freien Negerrepublik Liberia und in dem „christlichen“ Abessinien ist der Handel mit Menschen als Ware ein umfangreiches Geschäft. Eine vom Völkerbund eingesetzte Kommission stellte fest, daß in der vor 100 Jahren gegründeten Negerrepublik Liberia gegenwärtig noch immer über 400 000 Menschen Sklaven sind. Ebenso verbreitet ist der Sklavenhandel in Abessinien. Wir erfahren von dem arabischen Sklavenhändler Said folgende Mitteilung, die er einem französischen Reporter gegenüber machte: „Um Ware zu bekommen, habe ich zwei Methoden. Wenn ein Dorf zu arm ist zum Steuerzahlen, oder das Dorfoberhaupt hat die Steuern unterschlagen, so kommt man zu mir oder zu einem anderen Händler. Ich gebe das Geld für die Steuern und bekomme eine entsprechende Anzahl Sklaven dafür. Der andere Weg ist, sich Sklaven einzujagen. Wenn ich genug beisammen habe, bringe ich sie in ein Depot.“

Diese Depots befinden sich zumeist in abessinischen Gebirgsdörfern. Darüber wird berichtet: „Die Gebirgsdörfer kleben an hohen Felsen mit gestaffelten steinernen Häusern, die wie befestigte Plätze aussehen. Wir wurden durch enge glühende Gassen, die an jeder Seite von Wohnhäusern flankiert sind, und in die nur durch die Tür Licht kommt, geführt. Durch die dunklen Wohnungen kamen wir auf die Höfe, auf denen Wächter mit Flinten patrouillierten. Jeder Hof hat einen mit Brettern überdeckten Keller. In dem Keller werden die Sklaven gehalten. Man braucht sie nicht anzuketten, sie können aus dem Versteck nicht herauskommen. In verschiedenen Höfen konnte ich selbst in den Keller hineinschauen. In einem schliefen 4 Frauen, in einem anderen 3 und in einem dritten 4 Männer.“

Hoffentlich hat der Völkerbund soviel Macht, um endlich diesen unerhörten Zustand zu beseitigen.

Internationales

Arbeitslosigkeit im englischen Braugewerbe. Die Erhöhung der Biersteuer in England hat, da sie bereits einen ziemlich hohen Stand erreicht hatte, ebenfalls zu einem Konsumrückgang und damit zu erheblicher Arbeitslosigkeit unter den Brauereiarbeitern geführt. Wie gemeldet wird, ist die Zahl der Arbeitslosen nach den amtlichen Ausweisen des Arbeitsministeriums im Januar um 1500 auf 17 000 gestiegen. Damit sind 15,1 Proz. der englischen Brauereiarbeiter arbeitslos. Die in Verbindung mit dem rückgängigen Bierabsatz erhobene Forderung nach Abbau des Lohnes hat bisher nur im Zentrum der englischen Bierproduktion, in Burton-upon-Trent, zu einem Erfolg geführt. Dort wurden die Löhne der männlichen Brauereiarbeiter um 2 Schillinge und die der Arbeiterinnen um 2 bis 3 Schillinge herabgesetzt.

Schokoladenfabrik Lindt & Sprengl. Die Jahresrechnung für 1931 schließt mit einem Gewinn von 332 010 Frank ab, gegenüber 394 699 Frank im Vorjahr für 9 Monate. An die Aktionäre wird eine Dividende von 5 Proz. bezahlt. Mit diesem Abschluß kann das schweizerische Unternehmen sehr zufrieden sein, da allgemein ein starker Exportrückgang bei den schweizerischen Betrieben zu verzeichnen ist.

Sanierung bei Tobler-Bern. In der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung wurden die Vorschläge des Vorstandes über die Sanierungsmaßnahmen beschlossen. Das Stammaktienkapital wurde von 900 000 Franken auf 36 000 Franken reduziert und das Prioritätsaktienkapital von 1 Million auf 800 000 Franken zurück-

geschraubt. Das Unternehmen mußte unter der Wirtschaftskrise außerordentlich stark leiden. Die Auslandsmärkte gehen unter der Krise immer mehr verloren. Der schweizerische Export an Schokolade hat sich im Jahre 1931 auf 18,7 Millionen Franken gesenkt. 1928 betrug er noch 34,5 Millionen Franken und 1920 sogar noch 96 Millionen Franken. Auch auf dem Inlandsmarkt sei unter der zunehmenden Wirtschaftskrise, obwohl die Tobler-Produkte weithin guten Ruf besitzen, keine bedeutende Zunahme des Absatzes zu verzeichnen.

Literatur

Die Sozialdemokratie und die Reparationen. Von Artur Crispian. 16 Seiten. Preis 15 Pf. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin.

Die Gegner der Sozialdemokratie haben die Deutschland auferlegte Verpflichtung zur Zahlung von Reparationen zur Veranlassung genommen, die SPD maßlos zu beschimpfen und über sie die größten Schmutzkübel der Verleumdung auszuschütten. Wie die SPD zu den Reparationen steht, das geht aus dieser kleinen Broschüre hervor, die deshalb verdient, weit verbreitet zu werden.

Der Gendarm von Hildburghausen. Ein national-sympathisches Traktätchen. Von Friedrich Wendel. 15 Seiten. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68.

Ehe Hitler zum Regierungsrat geschoben wurde, sind zahlreiche andere Versuche gemacht worden, ihm die deutsche Staatsangehörigkeit auf Schleichwegen zu verschaffen. Der lächerlichste Versuch war wohl der, Hitler zum Gendarmen von Hildburghausen zu machen. In dem vorliegenden kleinen Traktätchen sind die Vorgänge zu dieser Schiebung des näheren dargelegt.

Geheim! Geheim! Neueste Nazibefehle gegen Gewerkschaften, gegen Hammerschaften. Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. 30 Seiten. Preis 15 Pfg. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14.

Hitler wird, wenn er legal nicht zur Macht kommt, dies auf putschistischen Wegen versuchen. Er hätte dies vielleicht schon längst getan, wenn er nicht wüßte, daß die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften in der Lage sind, diesen Putsch zu verhindern. Deshalb sollen die Gewerkschaften „erobert“ werden. Eingehende Anweisungen dazu sind in dem geheimen Befehl gegeben, Hitler wird die Gewerkschaften auf den Posten finden.

Säuglings- und Kleinkind-Gymnastik mit praktischen Ratschlägen für die Säuglingspflege und Säuglingsernährung. Mit 75 Bildern. Von Lisa Mar. Preis 1,25 Mark. Erschienen im Süddeutschen Verlagshaus, Stuttgart, Birkenwaldstr. 44.

Die Erziehung des Kindes in den ersten Lebensjahren bildet die Grundlage für das ganze Leben des Menschen. Anleitung und Ratgeber für die richtige Erziehung ist dieses kleine Büchlein, das verfaßt ist von einer Gymnastik-Pädagogin. In überaus leicht faßlicher und verständlicher Darstellung, unterstützt durch Filmstreifen werden Übungen gezeigt, die für jedes Kind notwendig sind.

Diät und Lebensweise für Herzkrankte. Neuzetliche Wege zur wirksamen Behandlung chronischer Herzleiden. Von Dr. med. H. Malten. Mit Bildern. 75 Seiten. Preis 2 Mark. Erschienen im Süddeutschen Verlagshaus, Stuttgart, Birkenwaldstr. 44.

Die Mehrzahl aller Herzkrankheiten sind ausgesprochen chronische Leiden. Eine umfassende und erschöpfende Anleitung zur Behandlung dieser Leiden ist in dieser Broschüre enthalten. Der Leser wird eingehend instruiert, wie er Arbeit, Erholung, Ruhe, Bewegung und Diät einstellen muß, um die Herzkraft zu erhalten und zu mehren.

Ferienaufenthalte und Ferienreisen. Der Gemeinnützige Verkehrs- und Reiseverein Groß-Hamburg e. V., Hamburg 15, Nagelsweg 14, versendet einen gut gebildeten Prospekt über die von ihm geplanten und vorbereiteten Reisen und Erholungsaufenthalte.

Der Verein ist eine Einrichtung der Partei der Gewerkschaften und Genossenschaften Hamburgs. Die von ihm durchgeführten Reisen sind nachweislich gut vorbereitet, preiswert, gewähren jeden Vorzug der großen bürgerlichen Reisebüros.

Volk und Sozialdemokratie. Die innen- und außenpolitischen Erfolge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Von Gregor Bienstock. 16 Seiten. Preis 15 Pf. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68.

Der Verfasser gibt in dieser Broschüre einen sachlich wohl fundierten Überblick über die seit 1918 geleistete innen- und außenpolitische Arbeit der Sozialdemokratie.

Jugend erwache! Es geht um dich! Ein Ausschnitt aus der deutschen Vorkriegs- und Kriegszeit. Von Johannes Müller. 16 Seiten. Preis 10 Pf. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68.

Diese Schrift wendet sich an die deutsche Jugend, die nichts davon weiß, wie es in Deutschland während des Krieges ausgesehen hat, und auch keine Ahnung hat, wie es vor dem Kriege mit dem Recht des schaffenden Volkes bestellt war.

Unserm Kollegen Erich Gladow und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche nachträglich zu ihrer am 5. März 1932 stattgefundenen Vermählung. [1,50]

Die Belegschaft der Firma Otto Viertel, Einlegerei, Chemnitz.

Unserm werten Kollegen Willi Otto und seiner lieben Braut zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Sektion der Bäcker und Konditoren, Ortsgruppe Wuppertal.

Unserm werten Kollegen und Vertrauensmann Jakob Stühler und seiner lieben Frau Marie zu ihrer am 16. März 1932 stattgefundenen silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [2,70]

Die organisierten Kollegen der Faßfabrik Fenk vorm. Götzfried und Seybold, München.

Unserm werten Kollegen Konrad Köhlinger und seiner lieben Frau zu der am 16. März stattgefundenen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die organisierten Kollegen der Brauerei zum Riesen in Wetzlar

Unser Betriebsratsvorsitzenden dem Kollegen Wolfgang Schamberger nebst seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die Kolleginnen und Kollegen der Schöfferhofbrauerei Mainz.

Unserm Kollegen Karl Lampertz und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]

Die Ortsgruppe Zwickau.

Unserm Kollegen Ernst Popp und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]

Die Ortsgruppe Zwickau.

Nachruf!
Am 4. Februar 1931 verstarb unser langjähriger Mitglied, der Kollege

Albin Seitz.

Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen [4,20] der Vereinsbrauerei. Die Ortsgruppe Zwickau.

Nachruf!
Am 22. Februar 1932 starb schnell und unerwartet unser Kollege, der Böttcher

Bernhard Buß.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten. [3,60]

Ortsgruppe Emden.

Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

10. Fortsetzung.

„Ich konnt nicht untätig bleiben“, verkündete Schwejk, seine guten Augen auf das Antlitz des Inquisitors heftend, „ich hab mich so aufgeregt, wie ich gesehn hab, daß alle das Kriegsmanifest lesen und keine Freude zeigten. Keine Hochrufe, kein Hurra, überhaupt nichts, Herr Rat. So wie wenns sie überhaupt nichts angehn möcht. Und da hab ich alter Soldat vom einundneunzigsten Regiment nicht mehr länger zuschaun können, und so hab ich diese Sätze ausgerufen und ich denk, daß, wenn Sie an meiner Stelle gewesen wären, daß Sie es grad so gemacht hättin wie ich. Wenn schon Krieg is, müssen wir ihn gewinnen und man muß dem Kaiser Heil rufen, daß wird mir keiner ausreden!“

Ueberwunden und zerknirscht, ertrug das schwarzgelbe Raubtier nicht den Blick des unschuldigen Schäfchens Schwejk; es senkte die Augen auf die Gerichtsakten und sagte:

„Ich anerkenne vollkommen Ihre Begeisterung, aber wenn Sie sie unter andern Umständen bekundet hätten. Sie wissen selbst gut, daß ein Polizist Sie geführt hat, so daß so eine patriotische Kundgebung auf die Bevölkerung eher ironisch als ernsthaft wirken konnte und mußte.“

„Wenn jemanden ein Polizist führt“, entgegnete Schwejk, „is das ein schwerer Moment im Menschenleben. Aber wenn man nicht mal in so schweren Momenten vergißt, was sich zu tun gebührt, wenn Krieg is, denk ich, so ein Mensch kann nicht so schlecht sein.“

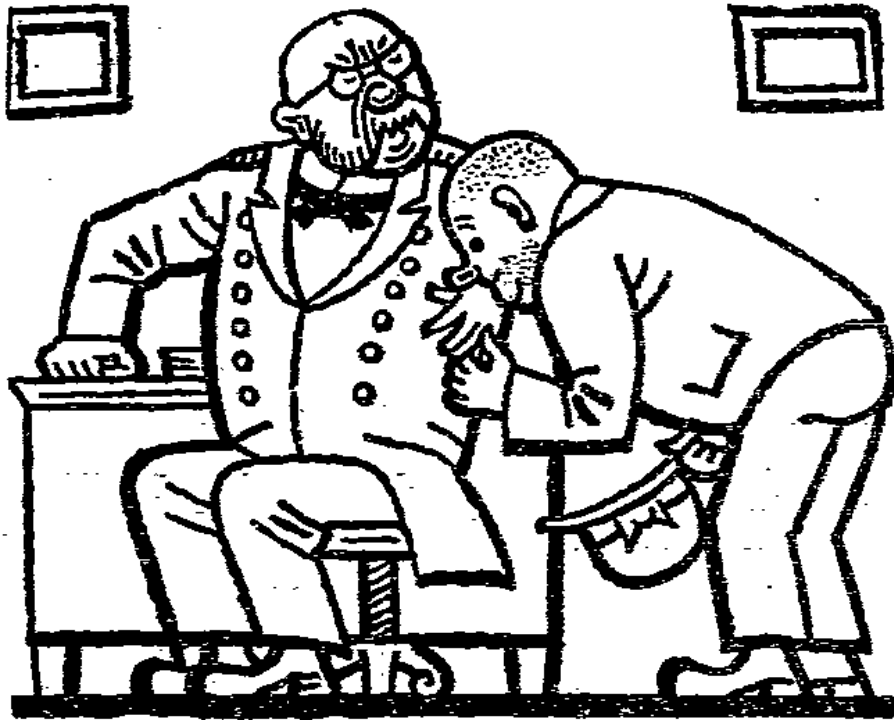
Das schwarzgelbe Raubtier knurrte und schaute Schwejk noch einmal in die Augen.

Schwejk antwortete mit der unschuldigen, weichen, bescheidenen und sanften Wärme seines Blickes.

Eine Weile blickten einander die beiden unverwandt an.

„Hol Sie der Teufel, Schwejk“, sagte schließlich der Amtsbart, „wenn Sie noch einmal herkommen, werde ich Sie überhaupt nicht mehr ausfragen und Sie werden direkt ins Militärgericht auf den Hradschin wandern. Haben Sie verstanden?“

Und eh er sichs versah, schritt Schwejk auf ihn zu, küßte ihm die Hand und sagte:



„Vergelts Gott tausendmal, wenn Sie mal ein Hunterl brauchen sollten, wenden Sie sich gefälligst an mich. Ich hab ein Geschäft mit Hunden.“

Und so befand sich Schwejk wieder in Freiheit und auf dem Weg zu seinem Heim.

Seine Erwägung, ob er sich zuerst beim „Kelch“ aufhalten sollte, endete damit, daß er jene Türe öffnete, durch die er vor einiger Zeit in Begleitung des Detektivs Bretschneider geschritten war.

Im Ausschank herrschte Grabesstille. Es saßen dort einige Gäste, unter ihnen der Küster von der Apollinarkirche. Sie sahen bekümmert aus. Hinter dem Schanktisch saß die Wirtin Palivec und blickte stumpf auf die Bierhähne.

„Also, da bin ich schon wieder“, sagte Schwejk lustig, geben Sie mir ein Glas Bier. Wo hamr denn den Herrn Palivec, is er auch schon zu Hans?“

Statt einer Antwort begann die Palivec zu weinen. Sie stöhnte und indem sie ihr Unglück in einer eigentümlichen Betonung in jedem Worte zusammenfaßte, hub sie an:

„Sie — ham — ihm — zehn — Jahre — gegeben — vor — einer Woche —“

„No also“, sagte Schwejk, „da hat er also schon sieben Tage hinter sich.“

„Er war so vorsichtig“, weinte die Palivec, „er hats selbst immer von sich behauptet.“

Die Gäste im Ausschank schwiegen hartnäckig, als gehe hier der Geist des Palivec um und mahne sie zu noch größerer Vorsicht.

„Vorsicht is die Mutter der Weisheit“, sagte Schwejk, während er sich an den Tisch zu einem Glas Bier setzte, in dessen Schamra sich kleine Öffnungen befanden, die durch die herabtropfenden Tränen der Frau Palivec entstanden waren, als sie Schwejk das Bier auf den Tisch getragen hatte. „heutzutage sind die Zeiten so, daß sie einen zur Vorsicht zwingen.“

Berufsarbeit und Frauentum

Das Bürgertum ist immer noch vielfach in gesellschaftlichen Vorurteilen und von einer geradezu unbegreiflichen Unlogik und Inkonsequenz befangen. Da sucht zum Beispiel ein angesehenener Rechtsanwalt eine Bürovorsteherin. Schreibe bis ins kleinste vor, welche Eigenschaften sie haben muß: in Beziehung zu ihm und zu seiner Arbeit: klüger und dümmer, als er selbst muß sie sein, verschwiegener und geschwätziger, wissender und unwissender, sehender und blinder, treuer, fleißiger, zuverlässiger, ehrlicher, pünktlicher, ausdauernder, Achtstundentag ausgeschlossen — und was weiß ich noch. Zusammengefaßt formuliert: Sie muß der Kopf des Chefs sein. Dazu völlig unpersönlich. Ein unbeschriebenes Blatt, das nur darauf wartet, unter eine Art Seismograph gelegt zu werden, um die kleinste Erschütterung zu registrieren. Und trotzdem eine Persönlichkeit. Sozusagen eine unpersönliche Persönlichkeit, die nicht da zu sein hat, weil sie einfach als selbstverständlich da ist. Denn ohne Persönlichkeitsbewußtsein geht es nicht. So hohe Ansprüche kann man nur an eine Persönlichkeit stellen.

Und nun kommt der Witz: Der Herr Doktor weiß ganz genau, daß man eine Frau am besten für eine solche Stellung gebrauchen kann — er sucht ja auch eine Frau und keinen Mann. Weil er aber in der Auswahl ganz sichergehen will, verwickelt er die stellungsuchende Frau in ein stundenlanges Gespräch. Er prüft sie auf Herz und Nieren. Sogar ihre Privatverhältnisse interessieren ihn, weil er nur mit einem Menschen zu tun haben will, der vom Schicksal nicht belastet ist, der durch seine Art, das Leben und die Dinge zu sehen und anzufassen, eine Gewähr dafür bietet, daß das Arbeitsverhältnis auf Jahre hinaus keine Kraftprobe zu erfahren braucht.

Nehmen wir einmal an, er habe jetzt wirklich eine Frau gefunden, die solch ein sachliches Arbeitsgebiet suchte, die sich und ihr persönliches Schicksal in einer Arbeit ausschalten möchte. Was tut nun der Herr Doktor? Er fragt die stellungsuchende Frau: „Warum wollen Sie eigentlich durchaus durch Berufstätigkeit gleichsam zum Manne werden? Ist ihr wahrer Beruf nicht, Frau und Mutter zu sein? Betrügen Sie sich nicht selbst, wenn Sie glauben, durch Berufsarbeit glücklicher werden zu wollen?“ Und dann versteigt er, der „gebildete“ und wissende Mann, sich bis zu der Acubung: „Die Frau, die wie ein Mann im Beruf steht, büßt ihren Reiz und ihre Schönheit ein, und der Mann verliert den Geschmack an solchen Frauen. Es wäre einfach nicht auszudenken, wenn ich (der Herr Doktor) nach Hause käme, froh, all mein Tagewerk hinter mir zu haben, und dann würde meine Frau anfangen, von Paragraphen zu reden. Soll ich Ihnen sagen, was ein Mann dann wünscht? Ein gutes Abendessen, keine Gespräche über Dienstboten, seine Zeitungen

„Gestern hamr zwei Begräbnisse gehabt“, lenkte der Küster von der Apollinarkirche das Gespräch auf ein anderes Gleis.

„Da is wohl jemand gestorben“, sagte ein anderer Gast, worauf ein dritter hinzufügte:

„Warens Begräbnisse mit Katafalk?“

„Ich möcht gern wissen“, sagte Schwejk, „wie jetzt im Krieg die Militärbegräbnisse sein wern.“

Die Gäste erhoben sich, zählten und gingen still davon. Schwejk blieb allein mit Frau Palivec.

„Das hab ich mir nicht gedacht“, sagte er, „daß sie einen unschuldigen Menschen zu zehn Jahren verurteilt ham, das hab ich schon gehört, aber zu zehn, das is ein bissel viel.“

„Wenn mein Alter gestanden hat!“ weinte die Palivec, „Wie er das hier von den Fliegen gesagt hat und von dem Bild, so hat ers auch auf der Direktion und bei Gericht wiederholt. Ich war bei der Hauptverhandlung als Zeugin, aber was hab ich bezeugen können, wenn sie mir gesagt ham, daß ich in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zu meinem Mann steh und daß ich mich der Zeugenschaft ent schlagen kann. Ich hab mich so erschreckt über dieses verwandtschaftliche Verhältnis, damit draus vielleicht nicht was wird, so hab ich mich der Zeugenschaft ent schlagen und der arme Kerl hat mich so angeschaut, mein Leben lang wer ich seine Augen nicht vergessen. Und dann, nach dem Urteil, wie man ihn abgeführt hat, hat er dort auf dem Gang geschrien, so blöd war er davon: „Es lebe der freie Gedanke!“

„Und Herr Bretschneider geht nicht mehr her?“ fragte Schwejk.

„Er war paarmaal hier“, erwiderte die Frau Wirtin, „hat ein oder zwei Biere getrunken, hat mich gefragt, wer hergeht und hat zugehört, wie die Gäste sich vom Fußball erzählen. Immer, wenn sie ihn sehn, erzählen sie sich vom Fußball. Und mit ihm hats gezuckt, als ob er jede Weile häft toben und sich winden wolln. Während dieser ganzen Zeit is ihm nur ein einziger Tapezierer aus der Quergasse aufn Leim gegangen.“

„Es is Uebungssache“, bemerkte Schwejk, „war der Tapezierer ein dummer Mensch?“

„Ungefähr wie mein Mann“, antwortete sie unter Tränen, „er hat ihn gefragt, ob er auf die Serben schießen möcht. Und da hat er ihm gesagt, daß er nicht schießen

und dann schlafen. Und morgens einen gut gedeckten Kaffeetisch.“

Das also sind die Ansprüche eines guten Bürgers, ja, des geistigen Bürgers an die Frau! Man muß zugeben: Sehr bescheiden, sehr anspruchslos. Weniger kann man nicht verlangen. Und das noch für den Privatgebrauch!

Die berufstätige Frau, die der gute Bürger in seinem Büro braucht, die er mit Selbstverständlichkeit sucht, und die eine Art Idealtyp darstellen soll, ist für ihn dennoch eine Geschmacklosigkeit. Zwar muß sie eine Persönlichkeit sein, muß entschieden mehr können als seine Hausfrau und muß alles das mit Bewußtsein auf sich nehmen, was die Berufsarbeit der Frau in unserer Zeit so sehr erschwert. Trotzdem nennt er dieses Dasein eine Geschmacklosigkeit. Entweder Weibchen oder Mannweib — das sind die beiden Gattungen, in die er die Frauen als Typus einordnet. Daß die berufstätige Frau auch eben noch Frau ist und nicht nur um die Erhaltung ihres Frauentums kämpft, sondern auch um dessen Vertiefung und Vergeistigung, um die Abschüttelung aller Unfreiheiten und Vorurteile ringt, das sieht der gute Bürger als Vermännlichung an und als so unfräulich, daß ihm als Mann daran „der Geschmack vergeht“.

Trude Wiechert.

Frauenkursus in Tinz

Die Heimvolkshochschule Tinz in Gera ladet zur Teilnahme an ihrem neunten Frauenkursus ein. Die Lehrlächer, die in den Frauenkursen im Vordergrund stehen, sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Psychologie, Erziehungsfragen, Gewerkschaftswesen, Wohlfahrtswesen. Aufnahme finden Bewerberinnen im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volksschulbildung genossen haben. Die Bewerberinnen haben an die Schulleitung ein Gesuch und einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsausbildung usw. der Bildungsgang und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Aufsatz abzuliefern, über den den Bewerberinnen von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettwäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringerinnen 150 Mk., für die übrigen Reichsdeutschen 180 Mk., für Ausländerinnen 200 Mk. Das Schulgeld ist bei Kursusbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Verpflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten.

Der Kursus beginnt am 1. August 1932 und dauert bis 20. Dezember 1932. Die Bewerbungen sind spätestens bis 20. März 1932 einzureichen. Die Entscheidung des Lehrerkollegiums über die Aufnahme erfolgt Ende Mai 1932.

kann, daß er einmal bei einer Schießbude war und dort die Krone durchschossen hat. Dann hamr alle gehört, daß Herr Bretschneider gesagt hat, wie er sein Notizbuch herausgezogen hat: „Da schau her, wieder ein hübscher Hochverrat!“ und dann is er mit dem Tapezierer aus der Quergasse fortgegangen und der is nicht mehr zurückgekommen.“

„Ja, ja, es wern ihrer viele nicht mehr zurückkommen“, sagte Schwejk, „geben Sie mir einen Rum.“

Schwejk ließ sich gerade zum zweiten Male Rum einschenken, als der Zivilpolizist Bretschneider den Ausschank betrat. Er warf einen hastigen Blick in den Ausschank und in das leere Lokal, setzte sich zu Schwejk, bestellte ein Bier und wartete, was Schwejk sagen würde.

Schwejk nahm irgendeine Zeitung vom Ständer und bemerkte, während er die rückwärtige Inseratenseite betrachtete:

„No also, dieser Tschimpera in Strasschkw Nr. 5. Post Ratschinewes, verkauft seine Wirtschaft mit 13 Strich eigenen Feldern, Schule und Bahn im Ort.“

Bretschneider trommelte nervös mit den Fingern, drehte sich zu Schwejk um und sagte:

„Das wundert mich aber, warum Sie diese Wirtschaft interessiert, Herr Schwejk.“

„Ach, das sind Sie,“ sagte Schwejk, indem er ihm die Hand reichte, „ich hab Sie nicht gleich erkannt, ich hab ein sehr schlechtes Gedächtnis. Zum letztenmal hamr uns, wenn ich mich nicht irr, in der Aufnahmskanzlei der Polizeidirektion gesehn. „Was machen Sie denn seit der Zeit, gehn Sie off her?“

„Ich bin heut Ihretwegen gekommen“, sagte Bretschneider, „mir wurde auf der Polizeidirektion mitgeteilt, daß Sie Hunde verkaufen. Ich möchte einen hübschen Rätler oder Spitz brauchen, oder etwas Aehnliches.“

„Das kann ich Ihnen alles verschaffen“, antwortete Schwejk, „wünschen sie ein reinrassiges Tier oder so einen Straßenkötter?“

„Ich glaube“, entgegnete Bretschneider, „daß ich mich für ein reinrassiges Tier entscheiden werde.“

„Und wie wärs mit einem Polizeihund?“ fragte Schwejk, so einen, was gleich alles heraus schnüffelt und auf die Spur des Verbrechens führt? Ein Fleischer in Wrschowitz hat einen und er zieht ihm das Wagerl. Dieser Hund hat, wie man sagt, seinen Beruf verfehlt.“

Fortsetzung folgt!